

Bezugspreis: Einzelheft 1,50 M., monatlich 50 M., ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 21. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Ministerpräsident Braun für die Umlage.

Die große, alle anderen Fragen überschattende Bedeutung des Kampfes um die Getreideumlage kommt in der Tatsache zum Ausdruck, daß dieser Kampf gestern nicht nur im Reichstag, sondern auch im preussischen Landtag geführt wurde.

Weniger konnte man gestern im Reichstag merken. Solange die alte rückständige Wahlkreiseinteilung bestand, die die städtischen Massen von ihr gleiches Bürgerrecht betrog, hatte der Reichstag eine unbefristete agrarische Majorität.

Wollen die bürgerlichen Parteien in dieser Aufmarschlinie, als landwirtschaftliche Einheitsfront gegen die städtischen Verbraucher, in den Wahlkampf ziehen? Das ist recht unwahrscheinlich, wäre doch ein solches Verhalten glatter Selbstmord!

Es entsteht nun die Frage, worauf sich der Optimismus der bürgerlichen Parteien gründet: auf ihre eigene Bereitwilligkeit, die Landwirtschaft doch zu jenen wahrlich nicht allzu großen Opfern zu veranlassen, die man ihr zur Vermeidung einer schweren Wirtschaftskatastrophe zumutet, oder aber auf die Hoffnung, die Sozialdemokratie werde um des lieben Friedens willen eine Untauglichmachung der ganzen Vorlage gestatten?

Einzwischen hat der Bezirksverband Groß-Berlin unserer Partei, in Würdigung der überaus kritischen Sachlage, für den Freitag eine Reihe von Massenversammlungen einberufen. Es ist zu erwarten, daß die Organisationen im Lande diesem Beispiel folgen werden.

Diese Worte richten sich nicht nur an die Arbeiter, sondern auch an die Angestellten, Beamten, Intellektuellen — sie alle haben ein Interesse daran, zu verhindern, daß ihre Lohn- und Gehaltserhöhungen von einer sprunghaften Erhöhung der Brotpreise reitungslos überholt werden.

deften jene Frauen schuld, die bei den Juniwahlen von 1920 topflos den Rechtsparteien zugelaufen sind.

Wenn die offenen Vorkämpfer und die heimlichen Helfer agrarischer Volksausplünderung erkennen müssen, daß die Massen erwachen und ihnen ihr städtischer Anhang zu schwinden droht, dann wird ihnen über Nacht die Einsicht kommen.

In diesem Sinne mögen die Massen jetzt von ihrem Beteiligungsrecht Gebrauch machen, wenn es den bürgerlichen Parteien so beliebt, demnächst auch von ihrem Wahlrecht!

In der gestrigen Sitzung des Preussischen Landtags, über deren sonstigen Verlauf wir an anderer Stelle berichten, gab

Ministerpräsident Genosse Otto Braun folgende Erklärung ab:

Es ist von der Landwirtschaft nicht richtig, wenn ihre Vertreter ganz einseitig die Umlagefrage als landwirtschaftliche Betriebsfrage ansehen. Es ist notwendig, die Preisverhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt in dem Verhältnis zu betrachten, in dem sie zu der Kaufkraft der großen Massen des Volkes stehen.

Es ist von der Landwirtschaft nicht richtig, wenn ihre Vertreter ganz einseitig die Umlagefrage als landwirtschaftliche Betriebsfrage ansehen. Es ist notwendig, die Preisverhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt in dem Verhältnis zu betrachten, in dem sie zu der Kaufkraft der großen Massen des Volkes stehen.

der Landwirtschaft seit der Kriegszeit gut gegangen ist. (Sehr richtig! links.) Wenn sie mit objektiv denkenden Landwirten sprechen, so wird das zugegeben und muß auch zugegeben werden.

Worum handelt es sich jetzt noch in dem Streit, der ja schließlich politisch die ganze deutsche Öffentlichkeit ausfüllt? Lediglich darum, daß sich die Landwirte nur noch in der willkürlichen Preisfestsetzung für ein Viertel der Körnerernte, der Getreideernte, eine gewisse Beschränkung im Interesse der Allgemeinheit gefallen lassen sollen.

erheblichen Mehrereinnahmen für alle die Produkte, deren Preise an den Weltmarktpreis herangerückt sind.

Der Widerstand der Landwirtschaft gegen die Umlage ist nicht gerechtfertigt in der Schärfe und wird letzten Endes auch zum Schaden der Landwirtschaft ausschlagen.

wirte die Allgemeinheit zum Schutze gegen die Weltmarktpreise anrufen werden. (Zustimmung bei den Regierungsparteien.) Viele Landwirte habe ich darauf hingewiesen, und sie haben mir Recht gegeben, daß das eine ganz ungesunde Entwicklung ist, wenn so stürmisch nach den Weltmarktpreisen gestrebt wird, weil die Landwirtschaft dann später nicht von der Allgemeinheit verlangen kann, daß diese sie vor den Schwankungen der Weltmarktpreise schützt.

Man meint, allein dadurch, daß der Landwirt rücksichtslos die Konjunktur ausnützen darf, könne man die Produktion steigern. Ich halte auch das für einen Irrtum. Ich stehe auf dem Standpunkt, und ich habe ihn als Landwirtschaftsminister mehrfach zum Ausdruck gebracht und danach meine ganze Amtsführung eingerichtet, daß wir nachhaltig unsere Lebensmittelnot nur beheben können, wenn es gelingt, die landwirtschaftliche Erzeugung so zu steigern, daß wir auf dem heimischen Boden das erzeugen, was wir für unsere Bevölkerung brauchen.

diese hohen Konjunkturpreise nicht erzeugungssteigernd, sondern lähmend

(Sehr richtig! bei den Soz.); denn es liegt in der menschlichen Natur begründet: wenn man bequemer, mit geringerem Risiko hohe Einnahmen erzielen kann, ist man weniger geneigt, ein höheres Risiko zu übernehmen, wie es mit der intensiveren Wirtschaft überall verbunden ist.

Kürzlich erst hat in der „Deutschen Tageszeitung“ ein Landwirt in einem längeren Artikel ausgeführt, daß gerade in der Capriotti-Zeit, als es der Landwirtschaft am schlechtesten ging und die Preise am niedrigsten waren, wir die größte Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu verzeichnen hatten, weil die niedrigen Preise die Landwirte zwangen, aus ihrem Boden durch bessere Düngung und bessere Saatensowohl mehr herauszuholen als bisher.

Aber Sie mögen als Landwirte die Dinge beurteilen, wie Sie wollen, von der großen Masse der Bevölkerung — das ist das politische Moment, das mir besonders am Herzen liegt — wird eben dieses Vorgehen der landwirtschaftlichen Kreise, besonders der extrem auftretenden, als eine schrankenlose, rücksichtslose Ausnutzung der Not unseres Volkes und Vaterlandes beurteilt, und mit Recht wird daran erinnert, was auch hier in der Debatte schon zum Ausdruck gekommen ist, daß der

Besitz von Ackerboden auch Pflichten der Allgemeinheit gegenüber einschließt. Das ist nicht nur in der Reichsverfassung zum Ausdruck gebracht, sondern einer der prominentesten Führer der Landwirtschaft, Freiherr von Wangenheim, hat vor einiger Zeit in dem Kapp-Prozess in Leipzig folgende sehr schönen Worte gesprochen: „Ich bin der Überzeugung, daß der Besitz von Ackerland gegen das Vaterland sittlich verpflichtet. Wer eine Scholle hat, der hat sie vom lieben Gott zu Leben bekommen, um seinen Mitbürgern Brot zu schaffen.“

Sie stimmen mir zu. Ich stimme darin auch Herrn v. Wangenheim zu. Aber die Beschlüsse des Landbundes, in denen gesagt wird, daß man einen rücksichtslosen Kampf gegen die Fäden wird, die versuchen, aus der Landwirtschaft billiges Brot herauszuholen, stehen dazu in trassendem Widerspruch. Das beweist auch jene landwirtschaftliche Organisation, die sogar so weit gegangen ist, Sabotageanweisungen zu geben (Hört! Hört! links), eine

Unbrauchbarmachung der Dreschmaschinen angeordnet hat, wenn versucht werden sollte, durch Dreischkommandos für das hungernde Volk das genügende Broitgetreide herauszuholen. (Zurufe b. d. Dnat.)

In weitesten Kreisen besteht die Auffassung — und das wird durch diese Vorgänge bekräftigt —, daß man in der Landwirtschaft immer sehr satt zu essen gehabt hat. Es besteht eben in den zahlreichen Kreisen in den Städten, die heute ihren Kindern nicht einmal das Notwendigste geben können, die Empfindung, daß man auf dem Lande nicht mehr das rechte Verständnis für das Volk in der Stadt und in den Industriebezirken hat, für die Beamtenerschaft, für die Arbeiterschaft. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es ist deshalb auch ganz falsch und politisch schädlich, wenn hier von dem Luxus in den Städten geredet wird. Es ist politisch falsch; denn das ist das Argument, mit dem man im Ausland ver sucht, eine hohe Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu begründen. Aber es ist auch wirtschaftlich falsch, denn wo macht sich dieser Luxus breit? Bieleicht bei denjenigen, deren Gehalt auf das Vielfache des Friedensgehaltes gestiegen oder bei denen, deren Einkommen auf das 18-20fache des Friedenseinkommens gestiegen ist? Es sind doch nur gewisse Kreise des Volkes, die zahlreichen Ausländer, die voluttastarken Leute, die hier in der Großstadt am allerersten in die Erscheinung treten. Es ist falsch, wenn man diese anormale Erscheinung als Normalzustand unserer Wirtschaft hinstellt (Sehr wahr! links — Zurufe bei den Deutschnationalen) und damit die Zahlungsfähigkeit der städtischen Bevölkerung für die

Freitag: Massenversammlungen! Brotfrage!

Tagesordnung:



hohen Preise, die von dem Lande verlangt werden, beweisen will. (Erneute Jurise bei den Deutschnationalen.) Wie wollen wir mehr Verständnis für die Not und die Bedrängnisse des deutschen Volkes im Auslande werden können, wenn bei uns im Lande selbst bei gewissen Gruppen noch

nicht das nötige Verständnis für die wahre Not unseres Vaterlandes besteht! Wie soll die von allen wirklichen Vaterlandsfreunden ersehnte Einheitsfront im deutschen Vaterlande gegen die Bedrückung vom Auslande zustande kommen, wenn in dieser Weise rücksichtslos das einseitige Gewinninteresse einzelner Gruppen für ihre Tätigkeit entscheidend ist. (Sehr gut links.) Ich möchte nur das eine sagen — und deshalb habe ich hauptsächlich das Wort hier genommen: Wir treiben ganz neuen Zeiten entgegen, und diejenigen, die da glauben, sie könnten für das eine Viertel ihrer Getreiderente auf den Konjunkturgewinn nicht verzichten, und die nun, weil sie dies glauben, die ganze Volksmasse in politische Erregung bringen, spielen mit dem Feuer. (Sehr wahr links.) Es hat sich noch immer gezeigt, daß

der hungrige Magen der schlimmste Revolutionär ist. Die Leute, die jetzt politisch denken, wie sie wollen, die mit dieser oder jener Partei bemüht sind oder unbenüht mitlaufen, sind in dem Moment, wo sie sich nicht mehr satt machen können, eine gefährliche Masse der Hungrigen gegen alle die, von denen sie glauben, daß sie ihnen ein Hindernis sind, einmal satt zu werden. (Sehr wahr links.) Es war ein sehr falsches und ein sehr ungeschönes Wort, wenn der Herr Abgeordnete Schlang von dem Wahnsinn sprach, der jetzt von der Regierung getrieben würde, da sie versuche, einen Teil der Brotfrucht für die ärmere Bevölkerung sicherzustellen. Wenn ich diesen schmerzlichen Ausdruck zurückgeben soll, so muß ich sagen: es ist ein Wahnsinn, wenn man sich dem entgegenstellt, und man treibt ein gefährliches Spiel. Ich kann jedenfalls erklären, und ich glaube, ich gehe da mit der Reichsregierung wohl konform, daß die Staatsregierung unter allen Umständen gefonnen ist, den Kampf gegen diejenigen aufzunehmen, die ihr eigenes Bereicherungsinteresse über das Allgemeinwohl des Volkes stellen. (Lebh. Beifall links.)

## Das Getreidegesetz im Reichstag.

Im Reichstag erklärte gestern die Regierung, die Interpellation Hergt (Dnat.) über „planmäßige Sicherung der Lebenshaltung der minderbemittelten Bevölkerung“ innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantworten zu wollen.

Hierauf wird die erste Beratung des Gesetzentwurfes über Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 fortgesetzt. Abg. Dieß (Z.): Da Rechts und Links übereinstimmen, daß die Brotversorgung der minderbemittelten Bevölkerung gesichert werden muß, so muß auch eine Einigung zur Erreichung dieses Zieles möglich sein. Bei der Durchführung der Umlage sind die schwersten Mißgriffe vorgekommen, besonders in der Unterverteilung. Im vorigen Herbst war in Hamburg überseeischer Weizen verhältnismäßig billig zu haben. Ich weiß nicht, warum diese Gelegenheit zur Schaffung einer Reserve nicht benutzt worden ist. Die Landwirtschaft ist gern bereit, an der Sicherung der Brotversorgung und an einer Brotverbilligung für die Minderbemittelten mitzuwirken, was sie aber entschieden ablehnt, ist die Sonderbelastung. Die Landwirtschaft verlangt, daß nur die wirklich benötigten billigeres Brot erhalten. Es wird zu erwägen sein, ob man die Verbilligung nicht von einem Antrage des Konjunkturamtes abhängig macht und ob die Arbeiterschaft zur Verbilligung beitragen

kann, indem sie in der Woche eine oder mehrere Ueberstunden leistet und auf den Ueberstundenzuschlag zugunsten der Brotverbilligung verzichtet. Ferner ob nicht für die Ablieferung eine Erleichterung der Beförderung mit Kunstbänder gegeben werden kann und ob nicht eine Relation geschaffen werden kann zwischen Umlagepreis und Kunstbänderpreis. Das Reich könnte auf die Umschaltener für Getreide, Brot und Mehl verzichten. Endlich ist ernsthaft zu erwägen, ob eine Verbilligung nicht auch dadurch herbeigeführt werden kann, daß ein Zuschlag auf marktfreies Brot eingeführt würde. Hauptsache aber bleibt Förderung der landwirtschaftlichen Produktion. Meine politischen Freunde beharren sich die Stellungnahme zu dem Entwurf sowohl wie zu all diesen Einzelfragen vor. Nur das eine erkläre ich im voraus: daß eine Abwälzung der ganzen Last auf die Landwirtschaft allein für uns nicht in Frage kommt. Die Leidenschaft ist bereits so weit gediehen, daß man mit revolutionären Maßnahmen droht. Entschuldigungen sagen rundheraus: Wenn ihr nicht so wollt wie wir, so werden wir euch als Abgeordnete den Stuhl vor die Tür setzen. Diese Frage der Verantwortlichkeit darf nicht nach Mandatsrückichten

entschieden werden. Soll das Deutsche Reich wirklich eine derartige Belastungsprobe bestehen unter der Parole: „Gegen den Brotwucher“? Ich warne, ein so gefährliches Gebiet zu betreten.

Abg. Dufsch (D. Sp.): Die landwirtschaftlichen Organisationen, die 15 Millionen Einwohner umfassen, wünschen die Abschaffung der Getreideumlage. Allerdings haben wir bei der Einführung der Zwangswirtschaft im Kriege nach bestem Glauben gehandelt. Die Pflicht der Landwirtschaft, für die Ernährung des Volkes zu sorgen, soll man nicht unnötig erschweren. Wir haben das Prinzip der freien Wirtschaft in unserm Programm und haben bei dem Steuerkompromiß den Abbau der Zwangswirtschaft auch in der Landwirtschaft zur Bedingung gemacht. Die landwirtschaftlichen Organisationen können 3 Millionen Tonnen Brotgetreide zur Verfügung stellen. Wir sind dafür, daß die Besitzenden aller Berufe je nach ihrem Vermögen zur Verbilligung des Brotes beitragen müssen.

### Gegen die Umlage

spricht, daß die Verbraucher von ihr bei weitem nicht den Nutzen gehabt haben, wie man erwartet hat.

Abg. Triebmann (Dem.): Unsere Partei hofft, daß die Parteien sich doch noch zusammenfinden. Es ist seit dem Kriege zurück Erlassungspolitik geübt worden und zu wenig produktionsfördernde Politik. Darum ringt die Landwirtschaft nach freier Wirtschaft. Wir Demokraten hätten gewünscht, daß ein anderer Weg als im vorigen Jahre gefunden worden wäre. Wir wünschen möglichst Schutz der Kleinbauern. Wir hoffen, daß die Umlage, wenn sie nicht zu vermeiden ist, so gestaltet wird, daß sie für die Landwirtschaft erträglich wird.

Abg. Dr. Heim (D. Sp.): Die Vorlage hat ebenso wie die vorjährige das Ziel einer gewissen Vorrats- und einer Preis-sicherung. Im vorigen Jahre sagte man den Bauern, die Umlage sei nur ein Übergang und der Anfang des Abbaues der Zwangswirtschaft. Bei einer Übergangsmäßigkeit konnte man sich im vorigen Jahre mit dem rohen Maßstab der Verteilung abfinden, jetzt aber, bei einer dauernden Einrichtung, nicht mehr. Daß die Bauern Sabotage treiben, ist nicht wahr. Ich zweifle nicht daran, daß es uns gelingen wird, eine gemeinschaftliche Linie auf Grund der Gerechtigkeit zu finden. Der Preis für Brotgetreide müßte festgesetzt werden nach den Herstellungskosten. Es wird aber nach politischen Rücksichten festgesetzt. Wenn der Landwirt nicht erbittert werden soll, muß er wenigstens sozial haben, daß er die Wirtschaft fortsetzen kann. Was ist nicht über den

### Gegen der freien Wirtschaft

prophezeit worden: Die Preise sollten zurückgehen, aber das ist doch nicht wahr! (Sehr richtig links.) Bereiten wir doch Licht und Schatten gerecht. (Zwischenruf rechts: Baluta!) Gerecht, darin sind wir einig, der letzte Grund ist unsere Baluta. Das Umlagegesetz von 1921, das nur ein Nothbehelf war, darf nicht wiederkehren. Heute haben wir dauernde Warenknappheit, der freie Handel kann uns gar nicht billig verlangen. Die Zahl derer, die sich mit dem Handel beschäftigen, wächst laminenartig. Nächstens wird nur noch gehandelt und nicht mehr gearbeitet. Der Zwischenhandel wirkt kolossal verteuern. Das Notwendigste ist eine Verkehrsregelung durch Kontrollstellen, die den Weg verfolgen, den jeder einzelne Waggon Lebensmittel nimmt. So wie jetzt

### der Ueberhandel

sich auswärts, kann es nicht weitergehen. Der Lügen an gewissen Stellen spottet jeder Beschreibung. Die Kanakillen, die man an gewissen Orten beobachtet, verdienen keine Schonung. Die Stunde ist so ernst, daß es für jeden ersten Menschen nur eins geben sollte: den Willen zum Helfen. (Beifall.)

Abg. Heidemann (Komm.): Die Landwirte haben niemals so glänzende Geschäfte gemacht wie heute. Die Agrarier sind dabei, die Gegenrevolution zu organisieren und die arbeitenden Massen auszuburgern. Die Deutschnationalen unter der Führung des Judenstümmelings v. Graefe sind offenbar schon so verjudet, daß sie gegen den wuchernden Getreidehandel nichts zu unternehmen wagen.

Abg. v. Graefe (Dnat.) bezieht die Behauptung, er sei ein Judenstümmelung, als orientalistische Phantasie und erzieht sich, dem Abg. Heidemann seinen Stammbaum durch 32 Ahnen stümmellos vorzulegen, um nachzuweisen, daß kein jüdisches Blut in seinen Adern sei. (Heiterkeit.)

Die Getreidevorlage wird hierauf dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Die Novelle zum Gesetz über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften wird in allen drei Lesungen angenommen. Der Schutzpolizeigesetzentwurf geht an den Hauptauschuss. Um 6½ Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch 2 Uhr (Sachlieferungsabkommen und Interpellationen).

## Stellungnahme der Berliner Parteileitung

In seiner gestrigen außerordentlichen Sitzung, die sich eingehend mit der Getreideumlage beschäftigte, beschloß der Bezirksvorstand einstimmig:

Der Bezirksvorstand von Groß-Berlin der SPD. erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie in der Frage der Getreideumlage unerschütterlich auf dem bisher eingenommenen Standpunkte beharrt und Konzeptionen oder Kompromisse zurückweist. Die Brotversorgung der arbeitenden Bevölkerung muß für das kommende Erntejahr unter allen Umständen sichergestellt werden, und zwar zu erschwinglichen Preisen, wenn wir eine politische Katastrophe vermeiden wollen. Wird aber dem Ansturm der Brotwucherer auch nur im geringsten nachgegeben, so gehen wir Ereignissen entgegen, die für Reich und Volk verhängnisvoll werden müssen.

Falls die Mehrheit des Reichstages unsere Forderungen nicht anerkennt, erwarten wir den sofortigen Austritt unserer Genossen aus der Reichsregierung und unverzügliche Volksbefragung durch Neuwahlen.

Zusätzlich bitten wir die Reichstagsfraktion, auch dafür mit aller Energie einzutreten, daß die Fleisch-, Kartoffel- und Zuckerverorgung des arbeitenden Volkes für den kommenden Winter sichergestellt wird.

## Die Aussichten für die Getreideumlage.

### Besprechungen des Reichernährungsministers.

Die Zentrumsfraktion hat gestern Abend, so wie bei der „Dona“, nochmals beraten, ohne jedoch einen endgültigen Beschluß zu fassen. Hier stehen die Dinge noch immer so, daß ein Teil der Fraktion nicht bereit ist, für die Getreideumlage einzutreten. Soweit das Zentrum in Frage kommt, handelt es sich überhaupt nicht mehr um eine rein ziffermäßige Mehrheitsfrage. Ein großer Teil der Zentrumsabgeordneten steht vielmehr auf dem Standpunkt, daß es nicht möglich ist, daß die Regierungsparteien mit den Unabhängigen allein die Regierungsvorlage annehmen. Man müsse eine Unterstützung durch die Deutsche Volkspartei herbeiführen, um auf die Bauern auch mit der nötigen Autorität einwirken zu können. Man hofft deshalb in parlamentarischen Kreisen, daß vor allen Dingen die städtischen Abgeordneten der DVP, wie z. B. die Abgeordneten Dr. Beder, Wildemeister, Kahl, Temples, Frau v. Oheimb, v. Raumer, usw. sich bereit erklären werden, für die Vorlage zu stimmen.

Die DVP. selber hat sich noch nicht in einer Fraktionsitzung mit der Getreideumlage beschäftigt, im allgemeinen bekennt man nun doch zu glauben, daß, obwohl zurzeit noch keine Mehrheit zu übersehen ist, doch die Parteien die Verantwortung für eine Reichstagsauflösung scheuen werden und daß im letzten Augenblick sich eine Mehrheit für die Getreideumlage finden wird.

### Christlich-Nationale und Brotpreis.

Die christlich-nationalen Arbeitervertreter im Reichswirtschaftsrat haben zur Getreideumlage gestern eine Erklärung zusammengefasst, die nicht nur die Notwendigkeit des billigen Brotes, sondern auch die Ungerechtigkeit der Umlage betont. Sie erhoffen und erheben eine Ertragssteigerung des landwirtschaftlich genutzten Bodens und wünschen, daß, wenn die Umlage doch kommt, dann die Preisbemessung unter billiger Berücksichtigung der Herstellungskosten und der laufenden Preisgestaltung für die „wichtigsten landwirtschaftlichen Betriebsmittel“ erfolge. Nächstens wollen die Verfasser jener Entschließung sich als politische Schlangemenschen auf den Jahrmärkten produzieren.

## Kosner macht alles, kommt ins Haus.

Nach einer Mitteilung der „Chicago Tribune“ werden die demnächst erscheinenden Erinnerungen des ehemaligen Kaisers von dem Schriftsteller Karl Kosner herausgegeben werden, der bekanntlich auch die Erinnerungen des Kronprinzen bearbeitet und ediert hat.

Kosner ist entschieden ein talentvoller Schriftsteller, besonders nach der Dollar-Seite hin.

Aber auf eins sind wir gespannt: Wird der Kosner des Wilhelm senior dem Sohn die Futurite heimzahlen, die der Kosner des Wilhelm junior dem Alten verfehlt hat?!

Gegen Horthy demonstrierte die Opposition durch Fernbleiben von der Eröffnung des ungarischen Parlaments.

## Gustav Rickelt 60 Jahre alt.

Der Präsident der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger, Gustav Rickelt, wird am 21. Juni 60 Jahre alt. Er steht seit Jahrzehnten im Vordergrund des öffentlichen Lebens: als Kämpfer für künstlerische Freiheit, als Organisator der Bühnenkünstler, die sich schwer und eifrig gegen die Geschäftigkeit ihrer Arbeitgeber, der Theaterdirektoren, wehren müssen. Für diesen doppelten Kampf hat Rickelt von Anfang an die doppelte Begabung mitgebracht.

Der junge Mann, der ursprünglich ein Kaufmann werden sollte, schlug sich früh zu den Schauspielern. Und da er ein ernstes und heiliger Charakteristiker von beträchtlichem Talent war, zog er die Aufmerksamkeit Otto Brahm's auf sich. Er spielte den Polonius, er spielte im Hauptmannschen „Siberpelz“ und im Hofischen „Balken“. Man rühmte seinem Spiel Gediegenheit und Intelligenz nach. Am Schiller-Theater, das Bösenfeld künstlerisch und doch volkstümlich leitete, und am Berliner Residenz-Theater, dem die verschlagene Unternehmertum Lautenburgs vorstand, war Rickelt Regisseur.

Schon 1885 interessierte er sich für die sozialen und wirtschaftlichen Fragen am Theater. Erst leitete er in der kleinen Stadt die Kleinarbeit des genossenschaftlichen Sekretärs und Kassierers. Als er nach Berlin kam, suchte er bald Fühlung mit den Organisatoren der großen gewerkschaftlichen Verbände. Er durfte sich einen Freund Legiens nennen. Er setzte alles daran, um die deutschen Bühnenkünstler zu der Idee zu belehren, daß sie künstlerische Selbständigkeit nur erlangen würden, wenn sie sich wirtschaftliche Unabhängigkeit erstreiten. Dieses Werk der Aufklärung ließ sich nicht sehr bequem durchführen. Der Schauspieler und Sänger war in politischen und sozialen Dingen durchschnittlich ein Romantiker und ein Kind. „Wir sind doch keine Maurer“, war das Schlagwort, mit dem sie sich gegen den Rickelt'schen Gewerkschaftsgeist wehrten. Die Ehrgeizigsten suchten die Sonne der alten Hoftheater. Die Bescheidenen schmachteten in mannigfacher Hörigkeit. Das Gesetz schützte ihre Arbeitsverträge wenig. Rickelt rief immer wieder nach Schauspielerschutzgesetzen. Er verfasste ein Buch, in dem er das ganze Elend der Schauspieler entwarf. Parlamentarier und Kunstfreunde wurden auf die wichtige Kulturfrage aufmerksam, die hier zu lösen war.

Nach ehe der Novemberumwälzung kam, verbündete sich die Genossenschaft mit dem A.F. Bunde. Und heute hat sich die Einsicht in die Notwendigkeit und Nützlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation für die deutschen Bühnenkünstler durchgesetzt. Rickelt, der seit 1914 als Nachfolger des impotanten Hermann Rissen Präsident der Deutschen Bühnengenossenschaft wurde, hat hier, zusammen mit seinen gleichgesinnten Unterleitern tüchtige Arbeit geleistet.

Aber der Sechzigjährige darf gerade heute nicht ausrufen. Die Zeitnöte brachten die Reaktion auch für das deutsche Theaterleben. Die Bühnenleiter als Arbeitgeber, mögen sie nun Privatunternehmer

sein oder Vertreter gemeinnütziger Unternehmungen, möchten überall an dem mühselig gefügten Tarifwerk ändern und schwächen. Die Schauspieler selbst verkennen häufig, was ihr Interesse ist. So begaben die Freunde Rickelt's den Jubiläumstag ihres Führers zwar mit Freude und Mut, aber auch mit Sorgen. Doch wir wünschen nur eins: Noch lange, lange Jahre Seite an Seite mit Gustav Rickelt!

Eine Akademie für Philosophen. Eine Akademie für Philosophen, wie sie manchem in Erinnerung an die altgriechische Akademie als Traum vorgeschwebt haben mag, ist auf dem Burgberg bei Erlangen verwirklicht worden. Des verstorbenen Erlanger Professor Rosenkranz's Haus und Garten ist von einem Industriellen angekauft und zu einem Lehr- und Wohngebäude für etwa 15 Gelehrte ausgebaut und aufs beste ausgestattet worden. Weltliche Häuser für Studentenwohnungen, Bibliotheken, Lehrstühle sind in Aussicht genommen. Die Gelehrten, die an der Akademie ihre Befristigkeit ausüben, sollen hier umsonst wohnen. Auch für die Studenten deutscher Herkunft soll Freiquartier beschafft werden.

Die Einweihung des Hauses, das der deutschen Kant-Gesellschaft zur Verwaltung überlassen ist, fand dieser Tage unter starker Beteiligung von Philosophen aus der ganzen Welt statt. Professor Hans Reihinger hielt die Eröffnungsrede, in der er auf die völkerverbindenden übernationalen Kulturwerte hinwies und besonders die Philosophie als eine gemeinsame Angelegenheit aller Völker hinstellte. Die Kant-Gesellschaft hat immer in diesem völkerverbindenden Sinne gewirkt und in gleichem Sinne soll auch die neue Stiftung ihre Kraft betätigen. Ein Professor aus Indien, der über Spinoza arbeitet, hat sich der Stiftung bereits angeschlossen, und ein chinesischer Gelehrter wird in diesem Hause über Hegel arbeiten. Alle Gegenstände, die die Völker zerreißt, sollen in diesem den Wissenschaften gewidmeten Hause schweigen. Politik in jedem Sinne soll ihm ferngehalten werden.

Die Eröffnung dieser Stiftung, die dem Wirken des deutschen philosophischen Gedankens in der Welt neue Bahnen erschließen wird, dient der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ beziehungsweise als Angriffsgelegenheit auf die Kant-Gesellschaft und ihre Tendenzen. Das überindustrialisierte und übernationalisierte Blatt wirft der Kant-Gesellschaft vor, daß sie Kants geistiges Erbe verfälsche. Kants Philosophie sei eine Rundgebung des preußisch-germanischen Geistes, in den sich kein Chineser oder Indier jemals hineinfinden könne. Bitterkeit wäre es ihr lieber gewesen, wenn man die Lichter selber Kabinettanstalt hierher verlegt hätte, um den preußisch-germanischen Geist in Reinheit zu kultivieren. Kants Gedanken über den „ewigen Frieden“ hätte man dann in einen Kriegslateinismus verwandeln müssen.

Kreuzblätter. Das Thema der Prüfungsarbeit in Pflanzenkunde lautete: „Die Kreuzblätter.“ Karlchen Riesnick schrieb darüber folgendes:

Die Eisernen Kreuzblätter steht schwarz und weiß aus und dient tapferen Kriegeren als Schutz. Sie wächst teils am linken Nockauschlag, teils etwas tiefer. Letztere Art ist, wenn sich ihr Träger in verlottem Zustande befindet, ein Wundenmörder. — Der

Rote Kreuzblätter gedeiht in allen Ländern der Welt und ist sehr nützlich. Hauptächlich dient er zum Lindern der Schmerzen und Heilen von Wunden. Die Völker sind deshalb übereingekommen, ihn auch im Falle von Kriegen möglichst schonend zu behandeln. — Der Blaue Kreuzblätter braucht noch weniger Feuchtigkeit als die Kamelie, die ein paar Tage lang in der Wüste ohne Wasser leben kann. Er hat besonders starke Abneigung gegen alle Getränke, die Alkohol enthalten. Manchmal ist aber diese Abneigung nur Heuchelei. Gewiß, Blaue Kreuzblätter sind nach außen hin Abstinenzler, nehmen aber heimlich umso mehr Flüssigkeit zu sich. — Der Weiße-Kreuzblätter führt ein sehr sittenstrenges Leben und mühte das Symbol der Unschuld und Reinheit sein. Die Blüte verdient diese Auszeichnung nicht. Obwohl sie weder arbeitet noch spinnt, ist sie doch prächtiger gekleidet als Salomo in seiner Herrlichkeit. Gewiß hat sie reiche Liebhaber, von denen sie sich die kostbaren Toiletten bezahlen läßt! — Der Hauskreuzblätter ist weiblichen Geschlechts und hat zwei Beine, ein häßliches Kreuzer und eine spitze Zunge. Mancher denkt, wenn er die 7. Bitte betet, an sein Hauskreuz. Dabei darf aber diese Pflanze nicht ohne weiteres als Unkraut angesehen werden. Sie ist für solche Menschen ein Helfkraut, denen ein derartiges Kreuz auferlegt wird, um sie zu bessern!

Ganz entschieden aber ist der Hafentkreuzblätter ein Unkraut. Und zwar ein sehr lästiges! Er tritt in allen Größen auf, hat verschiedene Farben und gedeiht an allen möglichen und unmöglichen Orten. Man findet ihn z. B. an Wägen, in Knopflöchern, als Kleidermuster, auf Büchern, an Damenblusen, an Häusern und Abortwänden. Mit dieser Pflanze, die in gefährlichen Zeiten „dem kleinen Weissen gleich im Verborgenen blüht“, beschäftigt sich die naturwissenschaftliche Zeitschrift „Der Hammer.“ Die Naturforscher Th. Fritsch und Artur Dinter, sowie der Gärtner Knäppel-Kunze, der auch vorzügliche Gummibäume zieht, pflügen die Hafentkreuzblätter sehr liebevoll und finden für das Unkraut auch bereitwillige Abnehmer. Das häßliche Unkraut verschwindet erst dann, wenn die alle geworden sind, die nicht alle werden!

Fr. M.

Das Ende eines kaiserlichen Panoptikum-Küsses. Wir lesen in den „Münchener Neuesten Nachrichten“: Im Zeitalter und im Zeichen der Siegesallee im Berliner Tiergarten ist seinerzeit auch das Sterbezimmer Friedrichs des Großen im Schloß Sanssouci „verschönert“ worden, und zwar durch eine Marmorgruppe, die ihn in seinen letzten Lebenstagen darstellt, sitzend im Lehnstuhl, den Blick in der Richtung der Terrassen, und so ununterbrochen in Marmor sterbend. Der stil- und geschmackwidrige Eingriff der wilhelminischen Kunst in die seiderzeitliche Epoche deckte das Gefühl. Bisher konnte nicht erreicht werden, daß der — an dieser Stelle wenigstens — unmögliche Marmorblock entfernt und das Sterbezimmer in seiner ursprünglichen Gestalt wiederhergestellt wird. Wie wir erfahren, soll das jetzt endlich geschehen.

Es ist erfreulich, daß ein so gut deutschnationales Blatt sich jetzt auch zu Standpunkten bekennt, für die in der gerühmten „guten alten Zeit“ nur in sozialdemokratischen Blättern Boden war. Es ist immerhin eine Erregungsschöpfung der Revolution und der Republik, daß der kaiserliche Kunstfick jetzt auch außerhalb der sozialistischen Presse beim wahren Namen genannt wird.



# Die Reparationsabkommen im Reichstag.

## Große Interpellationsdebatte.

Heute um 2 Uhr nachmittags beginnt im Reichstag die Beratung der Reparationsabkommen (Wiesbaden, Bemelmans, Gilet), die mit der Debatte über fünf vorliegende Interpellationen verbunden wird. Eine deutschnationale Interpellation, die vom 11. November vorigen Jahres datiert ist, bezieht sich über die Ratifizierung des Wiesbadener Abkommens ohne Befragung des Reichstags. Eine Zentrumsinterpellation vom 14. Dezember v. J. beschäftigt sich mit den rechtswidrigen Zuständen im Saargebiet. Eine völksparteiliche Interpellation fordert Auskunft über eine angeblich drohende zwangsweise Autonomisierung der Reichslande. Eine Interpellation der Unabhängigen vom 31. Mai verlangt Auskunft über die finanzwirtschaftlichen Folgen der mit der Reparationskommission geführten Verhandlungen. Schließlich beschäftigt sich eine Zentrumsinterpellation mit der Ententeorderung nach Zerstörung einiger Eisenbahnen im besetzten Gebiet.

Über die Reparationsabkommen wird Abg. Dernburg für den Auswärtigen Ausschuss Bericht erstatten. Dann folgen die Redner der interpellierenden Fraktionen. Reichsfinanzminister Dr. Brüning und Minister Rathenau werden im Verlauf der Debatte, deren Dauer auf zwei bis drei Tage berechnet wird, das Wort ergreifen.

Der Ausschuss beschloß, daß nach der Parlamentsfahrt nach Oberammergau auch im Juli noch weiter getagt werden soll, um vor allem die Getreidemlage, die Zwangsanleihe und das Erbschaftsteuergesetz zu erledigen.

## Verkleinerung der Reichstagswahlkreise.

Die Reichsregierung wird dem Reichstage eine Novelle zum Reichswahlgesetz vorlegen. Diese Novelle sieht die Verkleinerung mehrerer Kreiswahlkreise, darunter u. a. Westfalen, Kassel, Bayern, außerdem die Neuerteilung Groß-Berlins und die Anpassung der sächsischen Wahlkreisgrenzen an die Kreiswahlmannschaften vor. Auch eine Reihe technischer Verbesserungen werden in der Novelle vorgeschlagen. Bei der Beratung der Novelle im Reichstag soll den Parteien Gelegenheit gegeben werden, ihre Stellungnahme zu der Wahlkreisteilung eingehend zu präzisieren. Am Dienstag nachmittags beschäftigen sich bereits die Parteiführer mit der Novelle.

## Vorschläge zur Beamtenarbeitszeit.

Am Reichsfinanzministerium begannen am Dienstag vormittags die Verhandlungen über die Neuregelung der Gehalts- bzw. Lohnverhältnisse der Beamten, Angestellten und Arbeiter. Die Regierungsovertreter legten den Gewerkschaften Richtlinien vor, nach denen neue Beförderungs- und Lohnhöhen von Maßnahmen abhängig gemacht werden sollen, die eine wirtschaftlichere Gestaltung des Dienstbetriebes bei den Behörden ermöglichen. Wie der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ erfährt, haben die Richtlinien folgenden Wortlaut:

1. Unbeschadet der für die Beamten bestehenden Verpflichtung, ihre volle Arbeitskraft in den Dienst des Reiches zu stellen, beträgt die regelmäßige Dauer der wirklichen Arbeitsleistung im Durchschnitt 48 Stunden in der Woche oder 208 Stunden im Monat.
2. Arbeitsunterbrechungen, während deren die Dienst- oder Arbeitsstelle verlassen werden darf (Pausen), gelten nicht als Arbeitszeit. Die Pausen sind regelmäßig im voraus zeitlich festzulegen.
3. Arbeitsunterbrechungen, während deren ein Bediensteter ohne wirkliche Arbeitsleistung auf der Dienst- oder Arbeitsstelle anwesend zu sein hat, um nach Bedarf Arbeit zu leisten, werden in der Regel mit höchstens der Hälfte ihrer Dauer auf die Arbeitszeit angerechnet, wenn sie im einzelnen die Zeit von fünf Minuten überschreiten. Soweit Arbeitsunterbrechungen der in Abs. 1 bezeichneten Art nicht im voraus festgesetzt werden können, ist der Durchschnittswert ihrer Dauer zu ermitteln und in der Regel mit höchstens der Hälfte ihrer Dauer auf die Arbeitszeit anzurechnen.
4. Die Frage der Festsetzung einer Höchstgrenze für Dienstzeiten, die im Durchschnitt 48 Stunden in der Woche

Die Probehe. Von einem merkwürdigen Brauch bei den japanischen Eingeborenen berichtet ein Arzt. Nach dessen Angaben wird durch die Verlobung insofern eine Probehe geschlossen, als die Braut nach erfolgter Verlobung sofort aus dem Elternhause in das sogenannte „Brauthaus“ übersiedelt, wo alle Bräute der Gemeinde bis zur Hochzeit ihre Wohnung finden. Dort darf sie der Brautjungfer befehlen und sich längere Zeit allein bei ihr aufhalten, um seine zukünftige Frau kennenzulernen. Nach kurzer Zeit wird innerhalb des Brauthauses auf einige Wochen ein gemeinschaftliches Leben gegründet; wenn sich dieses bewährt und Braut und Brautjungfer solange gut auskommen, dann erst wird zur offiziellen Eheschließung geschritten. Diese Sitte der Probehe soll sich so bewährt haben, daß die Japanner keine unglücklichen Ehen oder gar Ehescheidungen aufzuweisen haben.

## Der Jeschäft ist richtig.

Der Erfinder hat bekanntlich keine Memoren für 250000 Dollar — 50 Millionen Mark nach Amerika verkauft.

Er schrieb ein Buch: „Ach war es nicht!“, Der beschriftete Hochzeitskarten, Woffür der Mann in horten Dollern Ein Viertelmillionen kriecht.

Ein Krieg, sofern man's günstig trifft, Das zeigt dies Beispiel uns in Doorn, Der bleibt, auch wenn er ihn verlor'n, Für manchen immer ein Geschäft.

Er kauft die Dollars ein in Gulden Und trägt mit Gott die schwere Schuld Und überläßt in königlicher Huld Dem Volk die Schulden.

Peter Rischl.

Die Festvorstellung für die Nickel-Stiftung findet am Donnerstag, 11. Uhr nachts, im Deutschen Theater statt. Gegeben wird der „Bilderberg“, größtenteils in der ersten Besetzung.

Ernst Tollers „Maschinenkürmer“ ein Drama aus der Lubliden-Bewegung in England, gelangt im Großen Schauspielhaus am 30. d. M. zur Uraufführung.

Carl Cleving wurde für das Sommergastspiel im Schauspielhaus („Die beiden Nachtigallen“) für die Ernorpartie engagiert.

Das neue Schlossmuseum in Dresden. Die seit 1918 ungenutzten Räume des Schlosses sind jetzt wieder dem Publikum geöffnet worden, und zwar so, daß die Besucher sich frei bewegen können. Prof. Höhnle, der Leiter des Historischen Museums, hat im Auftrag der Regierung die Ordnung und Reanastellung der Einrichtung durchgeführt.

Streikende Lichtspieltheater. In München steht die Schließung der Lichtspieltheater zum 1. Juli bevor. Als Ursache dieser Betriebschließung geben die Unternehmer die hohe städtische Lichtwertsteuer an.

Das metrische Maß in Rußland. Auf Grund des Dekrets des Rates der Volkskommissare ist die Einführung des metrischen Maßsystems endgültig bis zum 1. Januar 1927 hinausgeschoben worden. Bis dahin soll es in ganz Rußland allmählich eingeführt werden.

oder 208 Stunden im Monat überschreiten, bleibt vorbehalten.

5. Diese Richtlinien gelten für die Beamten, Angestellten und Arbeiter aller Behörden und Dienststellen der Reichsverwaltung.

Mit Recht haben die Organisationen gegen eine Verquickung der Beförderungs- und Lohnhöhen mit den vorstehenden Richtlinien protestiert. Die Regierung mußte einsehen, daß sie mit der geplanten Taktik sich nicht ohne weiteres durchsetzen konnte und schlug infolgedessen Barockverhandlungen vor. Ob diese Sonderberatungen, die sich auf die Richtlinien und getrennt auf die Beförderungs- bzw. Lohnhöhen beziehen sollen, zustande kommen, erscheint noch sehr fraglich.

## Hermes' Weinlieferungen.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages gegen den Minister Hermes hielt am Dienstag eine Sitzung ab, in der neben Zeugen auch Sachverständige vernommen wurden. In der Beweisaufnahme wurde als erster Zeuge Regierungsrat Diehl vernommen. Der Zeuge betonte, daß er die Sonderzuteilung an Zucker nicht für gerechtfertigt gehalten habe, da neben Zuckermangel auch Zuckerüberschuß vorhanden gewesen sei und Zuckerschleudungen dem Ministerium bekannt waren. Auf Befragen von Dr. Herz bestätigte der Zeuge, daß er nach dem 9. März 1922, wo ihn Hermes amtlich über seinen Eindruck über die Zuckerteilung vernommen habe, erklärt hat, daß er die darüber aufgenommene protokolllarische Erklärung nicht mehr aufrecht erhalten könne.

Der nächste Zeuge, Geheimrat Jaffé, war Referent für die besetzten Gebiete. Er erklärte, die Zuteilung sei aus politischen Gründen notwendig gewesen und von ihm befürwortet worden.

Es folgt dann die Vernehmung der Wein-Sachverständigen. Sie halten die geschenktweise Abgabe von Weinen für üblich, vermögen aber nicht einen einzigen Fall anzugeben, in dem sie in derartigen Mengen (etwa 600 Flaschen) vorgenommen worden ist. Die Frage der Produktionskosten lasse sich sehr schwer beantworten. Für die guten Sorten, die Hermes erhalten habe, seien aber auch die Herstellungskosten zwei bis drei Mal so hoch wie bei gewöhnlichen Weinen. Im Jahre 1920 und 1921, der Zeit der Abgabe der Weine an Hermes zum Preise von 3 M., habe der Handelswert dieser Weine 60 bis 70 M. betragen. Bei der Vernehmung des Sachverständigen Dr. Pohle, dem Generalsekretär des Verbandes zur Bekämpfung des Bestechungswesens, gibt es einen Zusammenhang mit dem Abg. Dr. Richter (D. Wpt.), weil dieser den Sachverständigen häufig unterbricht. Der Vorsitzende legt über den durch die Aussage des Sachverständigen verständlichen Zwischenfall geschickt bei. Dr. Pohle erklärt: Die im Geschäftsverkehr üblichen Reklamemethoden dürfen nicht Formen annehmen, durch die auch Gegenstände zu Zweckzwecken benutzt werden, die einen Verkaufswert darstellen. Wenn Direktor Faust, der Lieferant der Weine, auch an den Verhandlungen über die Zuckerteilung mitbeteiligt gewesen ist, dann geht diese „Reklamemethode“ über das zulässige Maß weit hinaus. Man muß bei Geschenken unterscheiden, an wen sie gehen, und bei Beamten prüfen, ob man sie nicht in einen Pflichtenkonflikt bringt. Faust's „Reklamemethode“ ist eine große Gefahr für unsere Beamenschaft.

Im Falle Hermes mußte die Geschenktzuteilung den Beamten (Hermes) in einen Bewußtseinskonflikt bringen, weil er auch über die Zuckerteilung zu entscheiden hatte. Die „Propaganda“ von Faust habe deutlich abgezielt auf den Minister Hermes.

Abg. Herz stellt die folgenden Daten fest: Herbst 1919 Zuteilung von 50 000 M. an den Winzerverband, April 1920 erster Weinbezug, Dezember 1920 Zuckerteilung, Februar 1921 zweiter Weinbezug, und folgert aus diesen Daten den inneren Zusammenhang zwischen der Geschenkannahme und der Zuckerteilung. Nachdem noch Geheimrat Jungel als früherer Leiter der Reichszuckerstelle erklärt hat, daß er sich gegen solche „Geschenktgaben“ stets gewandt habe, beschließt der Ausschuss eine nichtöffentliche Sitzung, in der Direktor Faust die in der vorigen Sitzung abgelehnte Frage vorgelegt wird, an welche beamtete Persönlichkeiten der Winzerverband sonst noch Weinsendungen hat geben lassen. Der Zeuge erklärt, daß es für ihn eine „Dual“ sei, darüber auszusagen, äußert aber schließlich, daß kein Minister und kein Staatssekretär sowie kein Beamter des Ernährungsministeriums billige Weinsendungen erhalten habe.

## Landtag und Getreidepreis.

Im Breussischen Landtag füllten gestern die ersten paar Stunden der Sitzung KPD-Nedden gegen die monarchistischen Schupo-Offiziere und gegen den Staatskommissar Weismann aus.

In der Ernährungsdebatte, die zum Haushalt des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten geführt wurde, sprach zunächst

Abg. Peters-Hochdorn (Soz.): Die Entscheidung über die Getreidemlage fällt in diesen Tagen drüben im Reichstage. Mögen sich die bürgerlichen Parteien darüber klar sein, daß eine freie Wirtschaft in Getreide jetzt für das Volk, insbesondere seine minderbemittelten Schichten nicht zu ertragen wäre. Sie würde uns der Katastrophe entgegenreiben, wobei die Wellen auch über den Köpfen der Agrarier, allen Wachstumsmitteln des Staates zum Trotz, zusammenschlagen würden, denn

gegen Hunger und Verzweiflung ist jede Staatsgewalt machtlos.

Der Redner bezieht sich auf die Klarlegung des sozialdemokratischen Standpunktes durch den Reichstagsabg. Krähig (Soz.). Vor den Drohungen des Reichs-Landbundes und seiner Unterorganisationen darf die Reichsregierung nicht zurückweichen; seine Richtlinien sind verdrückend. (Sehr wahr!) Fordern sie doch offen zum Wiederstande gegen die Umlage auf. Sollte es in der Frage:

### Auswucherung des Volkes oder nicht

zum Kampfe kommen, den wir nicht wünschen, denn wir aber auch nicht ausweichen, werden wir die breiten Massen des Volkes hinter uns haben. Leb's Beifall b. d. Soz.)

Abg. Most (Ztr.) warnte die agrarischen Krisenschürer, ihr gefährliches Spiel fortzusetzen. — Hierauf lies Abg. Schlange (Dnat. Wp.) eine Kriegserklärung gegen die Konsumenten vom Stapel und malte das Gespenst des Ruins an die Wand, wenn es bei der Umlage bleibe. — Abg. Schifan (D. Wp.) sagte gemäßigter Wehnliches, lehnte aber die letzten Konsequenzen der agrarischen Politik, wie Bleiserstreck usw., ab, die Landwirte würden ihre Versprechungen halten und dadurch eine Zwangsumlage unnötig machen.

### Ministerpräsident Braun:

Der Wechsel im Staatskommissariat für Volksernährung brauchte nach der Verfassung dem Landtage nicht zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Ernennung berührt die Zuständigkeit des Landwirtschaftsministers gar nicht. Gegen die Vordräge in Bonnern, die nach Angabe des Abg. Schlange (Dnat. Wp.) auf harmlose Leute geschlossen haben sollen, kann ich erst etwas unternehmen, wenn disziplinarisch zu bestrafende Vergehen festgestellt sind. Ich bin als Ministerpräsident nicht der Vorgesetzte der Ressortminister. Für Angelegenheiten ihres Ressorts sind sie selbständig und nicht dem Ministerpräsidenten, sondern dem Parlament verantwortlich. Die Angriffe des Abg. Schlange gegen den Oberpräsidenten von Pommern sind unberechtigt. Als erster Beamter der Provinz ist er nicht Repräsentant irgendeiner Berufsgruppe, sondern Repräsentant der preussischen Staatsregierung. Solange er dort seine Tätigkeit im Einklang mit den politischen Richtlinien der Staatsregierung hält, liegt keine Veranlassung zu Änderungen vor. (Sehr wahr!)

Darauf sprach der Ministerpräsident über die Getreidemlage; diese Ausführungen stehen an anderer Stelle des Blattes.

Nach dem Ministerpräsidenten sprach Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf, ohne Wesentliches zu sagen. — Nach einer Rede des Abg. Jürgensen (U. Soz.) verlagte das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr. Schluß 5 Uhr.

## Wahlsieg im Burgenland.

Wien, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das Eintreten der Landarbeiter und Kleinbauern in Burgenland, die noch unter dem wirtschaftlichen, nicht aber mehr unter dem politischen Druck der ungarischen Großgrundbesitzer stehen, hat im Verein mit den Sympathien anderer Volkskreise für die Partei der Republik und der Gegnerschaft gegen Horstky die Wahlen zu einem schönen Erfolg der Sozialdemokratie gestaltet: der Landtag des jüngsten deutschösterreichischen Bundeslandes besteht aus 13 Sozialdemokraten (59 000 Stimmen), 10 Christlichsozialen (48 000 Stimmen), 6 Bauernparteilern und 4 Großdeutschen. Die Mandate zum Nationalrat in Wien sind dementsprechend verteilt. Während jeder Pfarchof seit jeher ein hieratisches Parteibureau war, ist die Sozialdemokratie eigenlich erst seit der Angliederung des Landes an Deutschösterreich vorgezogen. Alle Hege gegen das „bolschewistische“ Wien und die „rote Armee“ der Wehrmacht hat den Gegnern der Partei nichts geholfen.

## Das nichtkommunistische Rußland.

### Eine Erklärung Tschitscherins.

Die Berliner Vertretung der Sowjetregierung bittet uns um Aufnahme einer Erklärung Tschitscherins, die sich auf dessen in der geistigen „Zeit“ veröffentlichte Unterredung mit dem Abg. v. Rheinbaben bezieht. Da wir dieses Interview in unserer geistigen Abendausgabe erwähnt und dazu kurz Stellung genommen haben, wollen wir auch dieser Berichtigung Raum geben, obwohl wir über die Wichtigkeit der meisten bemängelten Ungenauigkeiten anderer Meinung sind als der russische Volkskommissar:

Die Unterredung des Herrn v. Rheinbaben mit mir, die in der „Zeit“ vom 20. Juni veröffentlicht worden ist, ist mir leider vor der Veröffentlichung nicht vorgelegt worden. Es sind infolgedessen in deren Wortlaut wichtige Ungenauigkeiten vorgekommen. Ich habe nicht gesagt, ich habe keinerlei Beziehungen zu der Dritten Internationale; ich habe gesagt, ich habe keinerlei Beziehungen zu der Leitung der Dritten Internationale. Als Mitglied der kommunistischen Partei bin ich dadurch auch Mitglied der Dritten Internationale, der diese Partei angehört. Ich habe gesagt, daß nur zwei Mitglieder der russischen Regierung der Leitung der Dritten Internationale angehören, Lenin und Trotski; die anderen Mitglieder der Regierung sind aber auch Mitglieder der kommunistischen Partei, die der Dritten Internationale angehört. Die Leitung der Dritten Internationale ist mit der Sowjetregierung nicht verbunden, und diese zwei Körperschaften haben grundverschiedene Arbeitsfelder und Arbeitsmethoden. Dies ist es, was ich sagte. Die Sowjetregierung mischt sich nämlich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und steht in keiner Beziehung zu der Tätigkeit der Dritten Internationale. Die Tätigkeit der Partei und die Arbeit und die Arbeit der Regierung sind grundverschiedene Gebiete, und mit internationalen Parteibeziehungen hat die Regierung keinen Zusammenhang.

Ich habe auch nicht gesagt, wir hätten niemals daran gedacht, das kommunistische System durchzuführen, ich habe gesagt, wir haben niemals daran gedacht, das kommunistische System unter den jetzigen Verhältnissen durchzuführen.

Ich sagte nicht, daß wir eine mittlere Ernte erwarten; ich sagte, daß eine gute Ernte vorauszusehen ist.

Ich sagte auch nicht, daß Lenin an schweren Depressionen leidet; ich sagte, daß er infolge von Schlaflosigkeit eine Zeitlang deprimiert gewesen ist.

Wir wünschen im Interesse des russischen Volkes und der gesamten Weltwirtschaft, daß sich die Prophezeiung Tschitscherins über den Ertrag der kommenden Ernte bewahrheitet. Wir wünschen ferner aus rein menschlichen Gründen, daß sich der Zustand Lenins weiter bessere. Wir glauben aber nicht, daß die tatsächlichen oder vermeintlichen Unrichtigkeiten in der Wiedergabe der Unterredung mit Tschitscherin in bezug auf diese beiden Punkte eine Berichtigung lohnen.

Was die Ergänzung anlangt, wonach die Sowjetregierung nur „unter den jetzigen Umständen“ niemals daran gedacht hätte, das kommunistische System durchzuführen, so gestatten wir uns auf eine amtliche Broschüre hinzuweisen, die in Genua von der Sowjetdelegation verbreitet wurde und in der es heißt:

„Es wäre falsch, zu glauben, daß die vollständige Verstaatlichung des Wirtschaftsapparates, so wie sie in den ersten drei Jahren der Sowjetherrschaft allmählich vollzogen wurde, nach einem im voraus entworfenen Plan geschah. Im Gegenteil war die Verstaatlichung des Handels und der Industrie... weniger ein „sozialistisches Experiment“, als eine Kette von politischen und militärischen Maßnahmen, die sich nach und nach unter dem Druck gebieterischer Verhältnisse errichteten und die im Grunde genommen nur die Erhaltung der Revolution und des Staates bezweckten.“

Damit hatte die Sowjetdelegation vor den versammelten europäischen Regierungen gerade das zugegeben, was Tschitscherin jetzt durch diese „Berichtigung“ abzuschwächen bemüht ist.

Und nun zu der Erklärung, wonach Sowjetregierung und Dritte Internationale zwei ganz getrennte Dinge sind. Diese Behauptung ist nicht neu, und sie wird bei denjenigen, die sie wieder einmal zu lesen bekommen, daselbe ironische Lächeln hervorrufen, wie bei Tschitscherin, als er sie niederschrieb. Machen wir uns doch gegenseitig nichts vor! Die ganze Dritte Internationale ist eine Fiktion und ein Werkzeug der Moskauer Machthaber. Oder will die Sowjetregierung auch das bestreiten? Dann mag sie uns einmal erklären, von wem die Dritte Internationale die Gelder bezieht, die sie für die kommunistische Propaganda in Rußland und vor allem im Ausland ausgibt. Erst wenn uns Tschitscherin den Nachweis erbracht haben wird, daß diese Gelder nicht von der Sowjetregierung stammen, erst dann werden wir ähnliche „Berichtigungen“ ernst nehmen können.

## Lösung der polnischen Krise.

Warschau, 19. Juni. (Df.) Da die für und wider Pilsudski stehenden Kräfte im polnischen Sejm sich einigermassen die Wage halten, so ist es unerwartet schnell zu dem Versuch einer Kompromißlösung gekommen. Zunächst hatte sich ein neuer Block der Rechten und des rechten Zentrums gebildet, der die Selbstverpflichtung mit geringer Mehrheit überstimmte und dem Staatschef das Recht der alleinigen Initiative bei der Berufung der Regierung absprach. Daraufhin verzichtete der Staatschef überhaupt darauf, seinerseits einen Kandidaten für den Posten des Premierministers zu benennen und überließ dies dem zu diesem Zweck neugebildeten Hauptauschuß des Sejms. Dieser designierte nun auf Antrag Skulskis mit 299 gegen 98 Stimmen Prjako wski zum Ministerpräsidenten.



# Gewerkschaftsbewegung

## Was Moskau alles erfordert.

Der seltsame Sogt logte von den Zentralkomitees: „Sie sagen wie die Teufel und schwindeln wie gedruckt.“ Was würde er erst gesagt haben, wenn er unsere sogenannten Kommunisten gekannt hätte! Lieft man das von Moskau „geistig“ und materiell ausgebildete Berliner Blatt, dann fragt man sich manchmal, ob die Leute, die nach den Vorschriften von Moskau zu schreiben haben, ihre Feder für komplette Idioten halten. In der Abendausgabe vom Dienstag verwendet die Berliner Ausgabe der „Pravda“ beinahe eine Spalte, um die Rede des Genossen Lejpart in Ergänzung des Berichts des Bundesvorstandes zu „kritisieren“.

Wenn man so sagen kann. In geistige Unkosten stürzen sich die Bolschewisten nicht. Aber es kommt sehr hübsch. Das Russenblatt zitiert nach unserem Bericht einige Sätze Lejparts, und zwar u. a. folgenden:

„Daher gibt es für die Arbeiterschaft kein anderes Mittel, als aus der tatsächlichen Not und nicht aus Uebermut heraus immer neue Lohnforderungen zu stellen.“

(Von dem Kommunistenblatt in Sperrdruck hervorgehoben.) An diese Feststellung Lejparts gegenüber den Behauptungen der Reaktion, knüpft das zitierte Blatt folgenden Kommentar:

„Jeder Arbeiter wird sich mit Entsetzen fragen, vor denn je aus Uebermut heraus gestreift hat. Aber diese reformistischen Bureaucraten gehen so völlig in der Gedankenwelt der Arbeitgemeinschaften auf, daß sie sich der Argumente der Unternehmer zu eigen machen und dabei nicht einmal wissen, wie weit sie sich vom Klassenkampf des Proletariats entfernen haben.“

Diese faulstidige Umdeutung einer so völlig klaren Zurückweisung der reaktionären Angriffe übersteigt an Unverfrorenheit alles, was wir von den Bolschewisten bisher erlebt haben. Was man den bedauernswerten Rednern dieses Schundblattes zumutet, geht wirklich auf keine Ruhhaut. Der Rest der „Kritik“ ist von ähnlichem Kaliber.

## Betriebsräte!

Um die Erfassung sämtlicher in die Aufsichtsräte delegierten Betriebsräte zu ermöglichen, damit sie eingehend mit ihren Aufgaben vertraut gemacht werden können, fordern wir umgehend die Zusendung der Adressen der gewählten und der in Aussicht genommenen B.R.-Aufsichtsratsmitglieder unter Beantwortung folgender Fragen:

1. Industriebranche.
2. genaue Adresse des Betriebes,
3. Adresse der Kollegen,
4. Name der Organisation, welcher die einzelnen Kollegen angehören.

Wir fordern dringend die gesamten Betriebsräte und die Belegschaften auf, dafür Sorge zu tragen, daß uns bis spätestens Sonnabend, den 24. Juni, diese Mitteilungen zugehen.

**Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.**

Engelshofer 24/25, 2. Hof, 1.

## Versammlung der Glaser.

Die Glaser hielten gestern Abend im Gewerkschaftshaus ihre Mitgliederversammlung ab. Dem Bericht der Verwaltung, den Puffert gab, ist zu entnehmen, daß die Gewerkschaftskommission mit Zustimmung der drei sozialistischen Parteien eine Film-Bühne gegründet hat. Das Eintrittsgeld beträgt 5 M. Ferner wurde gegründet eine Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, um den proletarischen Kindern ohne Entgelt Erholung und Spiel zu schaffen. Die Gewerkschaftskommission hat 10.000 M. zur Verfügung gestellt. Die übrigen Gelder sollen durch Sammellisten in den Gewerkschaften und Parteien aufgebracht werden.

Ueber das Reichsmietengesetz referierte Puffert. Der Bericht von der Tarifkommission über das neue Lohnabkommen wurde von Puffert gegeben. Die Forderung von 35 M. pro Stunde wurde von den Unternehmern abgelehnt. Es wurden nach langwierigen Verhandlungen 20 M. zugestanden. Die Verhandlungen wegen der Hilfsarbeiter wurden rund abgelehnt, da nicht der Glaser, sondern der Transportarbeiterverband zuständig sei. Als aber der Transportarbeiterverband Verhandlungen nachsuchte, ging ihm der Bescheid zu, daß die Arbeitgeber Verhandlungen ablehnen. Jetzt soll vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt werden. Die Versammlung stimmte den Vorschlägen der Verhandlungskommission zu mit der Maßgabe, daß die von der Vertrauensmännerversammlung aufgestellten neuen Forderungen auf 35 M. sofort eingereicht werden.

Die Versammlung ist damit einverstanden, daß die Streikunterstützung erhöht, die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wie bisher bestehen bleibt.

Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, die Arbeiterpresse zu lesen. Dabei machte kein kommunistisches Herz einige verweirliche Sprünge, als er auf den „Vorwärts“ zu sprechen kam. Daß der „Vorwärts“ ausgezeichnet redigiert wird, gab er unumwunden zu, aber wenn schon Arbeiter den „Vorwärts“ lesen, dann sollten sie besonders die Parlamentarismus- und Stadtverordnetenberichte recht sorgfältig, nicht oberflächlich, sondern gut zwischen den Zeilen lesen. (Auch die Kilometerlangen Reden der Kommunisten. Die Red. des „Vorwärts“.)

## Die Juni- und Juli-Löhne für Kellerarbeiter.

Für die in den Weingroßhandlungen sowie Kellereibetrieben beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen, Kutscher und Kraftwagenfahrer, welche im Deutschen Transportarbeiterverband organisiert sind, wurden mit Rücksicht auf die Verhältnisse neue Lohnforderungen gestellt. Verlangt wurde ein Zuschlag von 400 Mark für männliche und 300 M. pro Woche für weibliche Arbeiter. Die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband für die Getränke-Industrie gestalteten sich diesmal schwierig, weil diese nur ganz geringe Zuschläge angeboten haben. Da die Zuschläge nicht befriedigten, wurde nach gegenseitiger Vereinbarung vom Arbeitgeberverband der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin zur Entscheidung angerufen. Am 16. d. M. fanden dort Verhandlungen statt und wurden im Durchschnitt 235 M. pro Woche für Männer und 180 M. für Frauen zugestanden. Gleichzeitig wurde angeregt, auch für den

Monat Juni die Lohnsätze zu regeln, was auch geschehen ist. Für Juli wurden weitere 150 M. für Männer und 115 M. für Frauen zugestanden.

In einer überaus stark besuchten Versammlung in den Zentralfesthallen berichtete vom Deutschen Transportarbeiterverband P. Lindenow. In der Diskussion, die sehr eingehend und auch sachlich war, wurde vielfach moniert, daß die neu vereinbarten Lohnsätze immer noch nicht den Zeitverhältnissen genügend Rechnung tragen; dies um so weniger, da für die hergestellten Waren ganz erhebliche Zuschläge gemacht worden sind. In der darauf stattgehabten Abstimmung wurde die neue Vereinbarung alsdann mit großer Majorität angenommen. Gedruckte Exemplare sind im Verbandsbureau, Engelshofer 24/25, Zimmer 38, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben.

## Wünsche der Schutzpolizei.

In einer Versammlung der Bezirksgruppe Groß-Berlin des Preussischen Polizeibeamtenverbandes, die am Dienstagabend in der Bodbrauerei stattfand, sprach Generalsekretär Dr. Franke über die Neuordnung der preussischen Polizei nach der Note vom 25. Mai 1922.

Der Vortragende wies darauf hin, daß diese Note des Reichsbundes einen Ministerialerlaß zur Folge hatte, nach dem der Aufbau unserer Polizeiorganisationen auf den 1913 bestehenden zurückgeführt werden soll. Damit werde eine Wandlung vollzogen, die der Auffassung des Reichsverbandes der Polizeibeamten wesentlich näher komme. Aber der preussische Erlaß enthalte eine Reihe gegenüber Änderungen, die man in anderen deutschen Staaten vorgezogen habe, in denen die dienstlich-rechtliche und wirtschaftliche Sicherstellung der Polizeibeamten vorgezogen ist. Dem Ausschuß des Reichsrats haben wir unsere Auffassung dargelegt und ich habe dabei bemerken können, daß nunmehr der Bayerische Landesverband sich unserer Reichsorganisation und damit unserem Programm angeschlossen hat. (Lebhafte Beifall.) Nach von dem preussischen Entwurf ist zu fordern, daß die Polizeibeamten in das Berufsbeamtenamt eingegliedert werden. Dann wird auch bei den Polizeibeamten endlich das Gefühl der Ruhe und Sicherheit eintreten. (Lebhafte Beifall.)

Hierauf sprach Oberwachmeister Dehn über die Forderungen für die Neuordnung der Besoldung im Jahre 1923. Der Redner erklärte unter Hinweis auf die Preise aller notwendigen Lebensbedürfnisse, daß es den Polizeibeamten unmöglich sei, mit ihrer Besoldung auszukommen.

Oberwachmeister Krenz sprach alsdann über die Heiratsordnung für die Schutzpolizei, bezw. den Befehl des Kommandeurs Kaupisch. Wirtschaftliche Gründe und auch die Schwangerschaft der Braut sollen als triftige Gründe für die Befürwortung eines Heiratsgesetzes nicht anerkannt werden. Nun solle allen Beamten, die dem Einzeldienst zugeführt werden, die Erlaubnis erteilt werden. Wir haben den Antrag gestellt, daß den Beamten freigestellt werden möge, in der Kaserne wohnen zu bleiben, die Wohnung aber als Privatwohnung zu betrachten. Das dürfte wesentlich zur Lösung der Heiratsfrage beitragen.

Folgende Resolution wurde nach der Aussprache einstimmig angenommen: „Die Umorganisation der Polizei beseitigt den seit Jahren bestehenden Zustand der Kasernierung und damit die Notwendigkeit einer Beschränkung der Heiratszulassung. Die heute in der Bodbrauerei verhandelten Schutzpolizeibeamten fordern daher die Aufhebung der Heiratsperre und Erteilung der Heiratszulassung nach Ablauf des 5. Dienstjahres bezw. mit Erreichung des 25. Lebensjahres. Sie hoffen, daß das Ministerium sich dieser berechtigten Forderung nicht verschließen, sondern nunmehr auch den Schutzpolizeibeamten in dieser Beziehung die Rechte der übrigen Staatsbeamten verleihen wird.“

## Streik der Jalousiearbeiter.

Die Arbeitnehmer in der Jalousiebranche, welche dem Deutschen Holzarbeiterverband angeschlossen sind, befinden sich seit Montag im Streik. Die Ursache des Streiks liegt in dem absehbenden Verhalten der Arbeitgeber, die die tariflichen Löhne des Holzgewerbes nicht anerkennen wollen, wozu sie durch einen Schiedsspruch im Schlichtungsausschuß Groß-Berlin verpflichtet worden sind. Da eine geschlossene Organisation für den Arbeitgeberkreis nicht besteht, mußte betriebsweise vorgegangen werden. So kam es, daß eine größere Anzahl Arbeitgeber den gestellten Schiedsspruch ohne weiteres anerkannte, wogegen die Firmen H. Freese, Niederschönhausen, Blankenburger Straße 37, A. Salewski, Schönberg, Mühlentstr. 8, A. Wohlfahrt, Steglitz, Bergstr. 92, Regenstein, Rucklitz, Hermannstr. 158, Samson, Charlottenburg, Dankelmannstr. 37, H. Paule, Schmidtstr. 3, es ablehnten, diesen Schiedsspruch zu erfüllen.

Eine scharfsinnige Stellung zu der Entscheidung des Schlichtungsausschusses nimmt die Firma A. Wahlfahrt u. Co., Steglitz, Bergstraße 92, ein. Diese lehnt den Spruch deswegen ab, weil die Besitzer der Kammer angeblich aus der Möbelindustrie stammen, welche nach Angabe des obigen Herrn mit Konjunkturgewinnen rechnen, mit denen sich die Branche nicht auf die gleiche Stufe stellen könne. Außerdem polemisiert der Herr gegen den Schriftführer des Verbandes, welcher an den Verhandlungen teilnahm. Weiter wird gesagt, daß der Verband, dem die Fabrikanten angeschlossen sind, Festlegungen in seinen Satzungen hat, daß er keine Berechtigung habe, Abmachungen mit den Arbeitnehmern zu treffen.

Aus dieser Bekanntmachung ist zu entnehmen, was Geistes Kind diese Organisation ist. Die Streikenden werden dazu beitragen, daß diese vorläufigen Statuten beseitigt werden. Die sich im Auslande befindlichen Jalousiearbeiter warnen daher vor irgendwelchen Arbeitsangeboten bei obigen Firmen, und erwarten vollste Solidarität der übrigen in Betracht kommenden Arbeiterschaft.

Sämtliche Arbeitnehmer, welche unter den neuen Tarifbedingungen in Arbeit stehen, erhalten eine Arbeitsberechtigungskarte, die mit dem Organisationsstempel und dem Namenszug der Streikleitung versehen ist. Die Arbeitnehmer, welche sich nicht im Besitz einer solchen Karte befinden, sind Streikbrecher.

## Streikbeschuß der Maler.

Im großen Saal der Brauerei Friedrichshain waren am Dienstag mittag die Maler Groß-Berlins so zahlreich versammelt, daß der weite Raum kaum Platz genug bot, die Anwesenden alle aufzunehmen. Es handelte sich darum, über den Streik endgültig Beschuß zu fassen. Wie wir bereits im „Vorwärts“ berichten konnten, haben die Arbeitgeber die Forderung eines Zuschlages von

30 Prozent auf die bestehenden Löhne abgelehnt und nur eine Zulage von 2,50 M. geboten, so daß der Stundenlohn von 24,50 M. sich auf 28 M. stellen würde. Das wurde von den Vertretern der Arbeiter abgelehnt. In einer Malerverammlung, die am 16. d. M. stattfand, wurde ein Antrag angenommen, eine zweite Versammlung nach der Brauerei Friedrichshain einzuberufen, um hier die Entscheidung der ganzen Kollegenchaft herbeizuführen.

Nachdem Böger die Sachlage eingehend dargelegt hatte, wurde zur Aussprache geschritten, in der sich alle Redner entschieden für Eintritt in den Streik, und zwar für den allgemeinen Streik im ganzen Malergewerbe erklärten. Die Abstimmung mittels Stimmzettels ergab folgendes Resultat: Abgestimmt wurden 1842 Stimmen, davon für den Streik 1700, gegen den Streik 130. Ungültig waren 3, unbeschrieben 9 Stimmzettel. Der Streik ist also gegen einige Stimmen beschlossen worden.

## Steinarbeiter!

Der Streik der Steinmetze (Baubranche) ist am 20. Juni mit Erfolg beendet. Die Arbeit wird am 21. Juni geschlossen wieder aufgenommen und beträgt von da ab der Stundenlohn für Steinmetze 38 M. für Quersarbeiter bei einer Beschäftigungsdauer im Beruf bis zu 6 Monaten 26 M., über 6 Monate 31 M. Die Streikleitung. Die Dreiverwaltung.

**Handelshiffsarbeiter im Einzelhand. Rechtsverbindlicher Tarifvertrag.** Der am 31. März vereinbarte Lohnsatz für die Monate März-April ist vom Reichsarbeitsministerium für allgemein verbindlich erklärt. Die Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. März 1922.

Die Tarifverträge sind im Deutschen Transportarbeiter-Verband, Zimmer 31, unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches zum Preise von 50 Pf. erhältlich.

**Ueberblickten hier — Entlassungen dort.** Nach Berichten aus Mährisch-Ostrow beabsichtigen die Kohlengruben infolge des schwierigen Abfahres die Entlassung der Hälfte der Arbeiter dieses Reviers. Es handelt sich um mindestens 20.000 Grubenleute. Auch der Rest der Belegschaft soll nur noch zwei Tage in der Woche fördern, wenn sich die Regierung nicht zu einer Ermäßigung der Kohlensteuer entschließt.

Infolge der Markentwertung und des Steigens der tschechischen Krone sind die tschechischen Kohlenreviere nicht mehr konkurrenzfähig.

**Italienischer Metallarbeiterstreik.** Ein nach Mailand einberufener Kongreß des italienischen Metallarbeiterverbandes hat mit 47.000 gegen 37.000 den Streik der Metallarbeiter in ganz Italien beschlossen. Die Absicht der Kommunisten, den Generallstreik auf alle Arbeiterkategorien auszudehnen, drang jedoch nicht durch. Der Streik soll, falls es nicht vorher noch zu einer Einigung kommt, am 1. Juli beginnen.

**Zentralverband der Angestellten.** Angestellten-Industrie, Mitgliedserversammlung Mittwoch 9 Uhr in den Prokuratoren Al-Berlin, Platanenstr. 10. Bericht über die Verhandlungen für Juni. Sätze können eingeholt werden.

**Gewerkschaftskommission.** Unterkommission Steglitz. Donnerstag Abend 7-8 Uhr im Gymnasium, Steglitz, Bergstr. 92. Gewerkschaftsversammlung der Unterkommission Steglitz. Tagesordnung: 1. Was ist der Zweck der Unterkommission? 2. Was ist die Aufgabe der Unterkommission? 3. Was ist die Aufgabe der Unterkommission?

**Wahlkommission der Metall-Industrie.** Donnerstag Abend 8 Uhr Gewerkschaftsversammlung, 115, Bergstr. 115.

**Wahlkommission der Gewerkschaftsindustrie.** Donnerstag Abend 8 Uhr im Apollo-Saal der Neuen Poststraße, Adreßstr. 96-97, Versammlung.

**Deutscher Transportarbeiterverband.** Branche 15. Gruppe Al-Berlin. Donnerstag Abend 6 Uhr der Festsaal, Reichstr. 15, Gruppenversammlung. Bericht von den Verhandlungen.

**Sattler-, Tapezier- und Portier-Verband.** Ortsverwaltung Berlin. Am Sonnabend, den 24. Juni, findet von mittags 12 Uhr bis abends 6 Uhr im folgenden Saal die von der Generalversammlung vom 15. Juni beschlossene Abstimmung über Festschließung der Lohnzuschläge statt, und zwar sollen diese auf 3. Klasse betragen: für die 6. Klasse 1 M., 5. Klasse 2 M., 4. Klasse 3 M., 3. Klasse 4 M., 2. Klasse 5 M. und 1. Klasse 6 M. Für Neuauflage: Schmidt, Rüdigerstr. 23; für Berlin O.: Krumbach, Wilmersdamer Str. 61; für Berlin N.: Pothmann, Solgefstr. 9; für Berlin S.O.: Bieberstein, Adolfsbergstr. 10; für Berlin S.W.: Karkmann, Wilhelmstr. 118; für Berlin E.: Rude, Müllerstr. 3; für Charlottenburg: Jahn, Wilmersdamer Str. 33; für Schöneberg: Bredow, Adreßstr. 11. Alle Ehrenbürger. Hier 8 Wochen und länger mit seinen Kollegen im Kampf ist, hat kein Gewerkschaftsmitglied und Streikende haben ihre beiden Kontrollkarten als Quittungsmittel mitzubringen. Die Abstimmungsleiter sind angewiesen, jeden Kollegen oder jede Kollegin, die ihren Verpflichtungen in der Preisgestaltung oder Legitimation nicht nachkommen, von der Wahl auszuschließen. Die Festsetzung der am 15. Juni verabschiedeten Generalversammlung findet am Donnerstag, den 29. Juni, abends 7 Uhr, bei Becker, Wilmersdamer Str. 17, statt.

**Kartell der Angestellten-Industrie.** Am Montag, den 26. Juni, 1/4 Uhr, findet bei Schöber, Alte Schönhauser Str. 24, eine Sitzung des Kartellverbandes mit Beschl. statt. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu einem neuen Lohnabkommen. 2. Wahl des Kartellvorstandes.

**Benannt für den redbatt. Teil: Franz Klinge, Berlin-Schöneberg; für Angestellten: Th. Glöck, Berlin. Bericht Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag Dr. u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu 1 Beilage.**



## Für jeden Schuh

nur Continental-Absätze und Sohlen. Sie sind geschmeidiger und sparsamer als Leder, machen den Gang leicht und schonen die Nerven. Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher

# Continental

Absätze und Sohlen

So gut wie Continental-Reifen!

# SUNLICHT SEIFE

# SUNLICHT SEIFE

ist eine billige Seife, denn sie macht nur ein leichtes und kurzes Verreiben notwendig, um eine Menge Schaum zu liefern, der allen Schmutz leicht entfernt.



# Straßenbahnfahrpreis 4 Mark!

## Große Mehrheit für die Erhöhung des Straßenbahntarifes.

Deutschnationale und Kommunisten gingen in der gestrigen Stadtkonferenz gegen die Erhöhung des Straßenbahntarifes, und zu ihnen hielt als Dritter im Bunde das Gruppchen der Wirtschaftspartei. Wie der Straßenbahnbetrieb bei der fortschreitenden Ausgabensteigerung ohne entsprechende Einnahmevermehrung noch aufrecht erhalten werden soll, darum machten sich die „Unentwegnen“ keine Sorge. Demagogische Absichten beherrschten die äußerste Rechte ebenso wie die äußerste Linke. Zwischen ihnen und gegen sie stand diesmal eine „Koalition“ aus der Deutschen Volkspartei, den Demokraten, dem Zentrum, den Sozialdemokraten und — den Unabhängigen. Die Einsichtiger, die es nicht zum völligen Zusammenbruch einer für die Bevölkerung der Vier-Millionen-Gemeinde Berlin unentbehrlichen Verkehrs-einrichtung kommen lassen wollen, hatten die Mehrheit.

In der gestrigen außerordentlichen Sitzung richtete der Vorsteher Dr. Caspari vor Eintritt in die Tagesordnung namens der Reichshauptstadt Worte des Abschieds an die Oberbürgermeister, die jetzt durch den Nachspruch der Entente vom Mutterlande abgetrennt worden sind. Mit den Bürgerlichen hörten auch die Sozialdemokraten die Ansprache des Vorlesers stehend an; ihr folgte lebhafter Beifall der Bürgerlichen. Die Kommunisten dagegen, die schon die Worte des Vorstehers mit ärmlichen Unterbrechungen begleitet hatten, hielten nachher für angezeigt, durch Dr. Rosenbergs einen Protest gegen den vom Vorsteher angeblich unter Mißbrauch der Geschäftsordnung trixienierten „nationalistischen Rummel“ einzulegen.

Die Erhöhung des Straßenbahntarifes von 3 auf 4 M. ist nach ausgedehnter Erörterung nunmehr beschlossen worden. In der Ausschuhberatung war es gelungen, über die Vorlage hinaus einigen sozialen Vergünstigungen zum Erfolg zu verhelfen: Die Ermäßigung des Tarifs für Kinder unter 14 Jahren auf 2 M. soll auch wirtschaftlich Unselbständigen (Lehrlingen und Schülern) innerhalb vier Wochen gewährt werden, für den Binnenerkehr der Vorortbahnen, für die der 3-M.-Tarif bestehen bleiben soll, wird der Magistrat um Ermäßigung dieses Fahrpreises auch für Einzelscheine ersucht, und schließlich soll der Ausschuh sofort die Anträge auf

Ermäßigung der Fahrpreise für Kriegsbeschädigte prüfen und noch im Juni dem Vizeum berichten. Aus der heutigen Verhandlung ergab sich, daß entgegen ihrer bisherigen Stellungnahme sowohl die Deutsche Volkspartei als auch die Demokraten als auch die Unabhängigen diesmal ihr Votum für die verbesserten Magistratsvorschläge abgaben, so daß ihre Annahme mit großer Mehrheit gesichert war. Auf dem Standpunkt unbedingter Ablehnung verhielten sich die Deutschnationalen, die Kommunisten und die Wirtschaftspartei. Für die U. Soz. ist nach der Darlegung ihres Vertreters Reuter die grundsätzliche Ermäßigung auslaggebend gewesen, daß die Erhaltung der kommunalen Betriebe in den Händen der Stadt zu den fundamentalsten Interessen der von ihnen vertretenen Volksschichten gehöre, während die Vertreter kapitalistischer Profitinteressen lediglich darauf ausgehen, dem sozialistischen Magistrat seine Machtpositionen aus der Hand zu schlagen. Genosse H. Kunze übte an der Art, wie die Verwaltung ihr Material hinsichtlich der Betriebsergebnisse bei den verschiedenen Tarifhöhenanträgen verwertet habe, Kritik und hob außerdem hervor, daß man von einem sozialistischen Betriebe doch eigentlich überhaupt nicht reden könne, wenn Leute an der Spitze stehen, die dafür überhaupt kein Interesse haben. Dem Antrag der U. Soz., die Ermäßigungen für Lehrlinge und Schüler mit dem erhöhten Tarif zugleich in Kraft treten zu lassen, trat er bei. Dieser Antrag fand eine Mehrheit, ebenso ein Antrag Reuten (Dem.), Helmann (Soz.), die Nachprüfung der Linienführung und die Vorberatung der etwaigen Einführung eines Staffeltarifs der Verkehrsdeputation zu übertrauen. Mit diesen Abänderungen nahm die Versammlung die Ausschuhträge in namenhafter Abstimmung mit 105 gegen 80 Stimmen an.

Zur Frage des Berliner Selbstschuhes äußerte sich nur noch der Kommunist Leupold, der sich in den heftigsten Ausfällen gegen den jetzt als „Betriebsgesellschaft für ländliche Produkte und Bedarfsartikel“ verkleideten „Berliner Selbstschuh“ erging.

### Die Abstimmung über die Vorlage wegen

#### Jesscheidung eines einheitlichen Fremdenschulgelbes,

wobei sich Genosse Dr. Lohmann gegen den Ausschuhvorschlag auf Verdoppelung dieses erhöhten Fremdenschulgelbes für die Kinder nicht naturaffektierter Eltern aussprach, wurde ausgelegt. Eine weit-schichtige Aussprache knüpfte sich noch in später Stunde an die zum Teil schon monatelang zurückliegenden Anträge der Wirtschaftspartei zur Wohnungs- und Mietpreisfrage. An der Erörterung beteiligten sich u. a. Dörr (Komm.), Wildgans (Soz.), Radtke (U. Soz.), Fedler (Dnat.) und Stadtrat Wukly; angenommen wurden die Ausschuhträge, den Magistrat zu ersuchen, nachdrücklich dahin zu wirken, daß der übergroße Zuzug nach Berlin mit allen Mitteln eingedämmt und die Siedlungstätigkeit nicht durch zu scharfe Erhöhung der Vororttarife erdrückt wird, außerdem ein Antrag der D. Sp., der gegenüber dem Mißbrauch der Exterritorialität zugunsten von Ausländern durch das Auswärtige Amt bei der Wohnungsbeschaffung auf die Innehaltung der gesetzlichen Vorschriften drängt.

Schluß nach 1/10 Uhr.

## Sonntagsruhe im Vorort.

Kurz bevor die große Wohnungsnot einsetzte, gelang es uns noch, draußen im Vorort ein Heim zu erwandern. Und dann kamen die Freunde und Bekannten und Verwandten und sahen und kritisierten und immer wieder hieß es: Rein, diese Ruhe, diese Stille, dieser Frieden! Wie gut Sie es haben. Hm! So fern der Großstadt und doch so nah.

Zunächst also hatten wir übersehen, daß sich in drei Minuten Entfernung ein Tanzlokal befand. Sonntags und oft auch Sonnabends geht es da laut und lustig zu. Die Jugend freilich und schreit und jauchzt und jodelt die ganze Nacht mit der Trompete um die Wette. Am Sonntag vormittag findet sich bereits ein musikalisch begabter junger Mann ein, der mindestens drei Stunden lang auf seiner Rhythmona den ganzen deutschen Volksliederschatz fast ohne Atem zu hosen herunterbläst. Wahrlich ein Kunststück. An schönen warmen Abenden kommt derselbe junge Mann zu einem etwas entfernter liegenden Lokal und spielt daselbst ein Programm, nur in anderer Reihenfolge. Es ist mit einem Wort, einzigartig. Noch etwas weiter entfernt geht die Bahn vorbei. Alle Stunde fahren wohl an die 15 Züge, macht von morgens 5 Uhr bis nachts 1 Uhr 300 Züge, am Sonntag 100 Prog. Zuschlag. Es kommt aber darauf an, wie der Wind steht. Manchmal hört man nur ein gleichmäßiges dumpfes Summen und Rummeln, manchmal aber auch das Wuffen jeden Rades auf jeden Schienenkopf. Dazu dann an Sonntagen das herrliche Knallen der Schießprügel der emsigen Schützenbrüder, das Schmettern der Tanztrompete und das stiebenswürdiges Gebrüll der tanztustigen Jugend.

Das Allerhöchste aber war am letzten Sonntag. Da hatte man alle diese Ohrenschmalze und außerdem noch das unangenehme Rattern und Lattern und Rasen und Donnern der Autos auf der Auous. War das fein! Wenn dann aber endlich so gegen 2 Uhr morgens der schöne wilde Rummel zu Ende ist, dann beginnt es auch schon in den Bäumen zu piepen und zu zippen, und nicht lange, so schmettert das vollbesetzte Vogelordchester der aufgehenden Sonne sein Morgenlied entgegen.

Natürlich sind's die kriegs- und revolutionsbeschädigten Kerwen! Aber man kann doch nicht verhindern, daran zu denken, wie man vor 20 Jahren, als man sich verheiratete, in dem Seitensattel der Nebenstraße der Frankfurter Allee Wochen- und Sonntags mehr Ruhe hatte als hier/draußen im Vorort.

## Der Wiederbeginn der Erwerbslosenfürsorge.

Die Wiederaufnahme der Erwerbslosenfürsorge ist nach einem neueren Bescheid des Reichsarbeitsministers zulässig, sofern nach Ablauf von weiteren 26 Wochen die allgemeinen Voraussetzungen der Fürsorge vorliegen. Diese Bestimmung gewinnt jetzt erhöhte Bedeutung, seit die Lage des Arbeitsmarktes

gestattet, die zeitliche Beschränkung der Fürsorge allgemein durchzuführen. Zwar verlangt die Verordnung nicht ausdrücklich, daß der Erwerbslose, der die Fürsorge wieder in Anspruch nimmt, in der Zwischenzeit ständig gearbeitet hat. Die Fürsorgestellen sollen aber, wo sie die Unterstützung wieder gewähren, sorgsam prüfen, ob und wie lange der Erwerbslose in den 26 unterstützungs-freien Wochen Arbeit geleistet hat. Hat er nicht oder nur mit Unterbrechungen gearbeitet, so muß die Fürsorgestelle die Gründe feststellen, aus denen dies geschehen ist. Ein Erwerbsloser, der bei der Lage des Arbeitsmarktes, wie sie seit dem Herbst besteht, in dem größeren Teil der 26 Wochen nicht gearbeitet hat, wird in der Regel nicht die Arbeitsfähigkeit oder die Arbeits-willigkeit besitzen, die gegeben sein muß, damit die Erwerbslosen-fürsorge wieder für ihn eintreten kann. Ihm wird also in der Regel die Unterstützung zu verjagen sein.

## Ein geheimnisvoller Altdiebstahl.

### Die Hintermänner bleiben im Dunkeln.

An die scheinbar unerklärlichen Zauberkunststücke, bei denen der Täter auch niemals weiß, wie es zugeht, wurde man in einem Prozeß erinnert, der gestern unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Dr. Neumann das Schöffengericht Berlin-Mitte beschäftigte und in dem es sich um das eigentümliche Verschwinden von Personal- und Vorstrafenakten handelte. Wegen Beihilfe zum Vergehen gegen den § 133 StGB. (Entwendung aus amtlichem Gewahrsam) war der 27jährige Kaufmann Gerhard Serger angeklagt.

Wie noch innerlich sein dürfte, erregte es seinerzeit größtes Aufsehen, daß im Januar d. J. in dem gegen den Kaufmann Ewald Franz schwebenden Strafverfahren wegen Sittlichkeitsverbrechens plötzlich die Akten verschwinden waren. Franz selbst erschien dann bei dem Staatsanwalt, überbrachte ihm seine eigenen Akten mit dem Bemerkten, daß sie ihm von dem jetzigen Angeklagten Serger zum Kauf angeboten worden seien. — Die gestrige Verhandlung begann mit einem charakteristischen Zwischenfall. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er vorbestrast sei, verneinte Serger dies. Staats-anwaltschaftsrat Dr. Kumbrecht gab hierauf folgende Erklärung ab: In dieser Sache sind die merkwürdigsten Dinge passiert. Es hat sich herausgestellt, daß die Personalakten des Angeklagten bei dem Polizeipräsidium und auch die eigentlichen Gerichtsakten verschwunden waren. Er habe nun, so führte der Anklagevertreter weiter aus, in sämtlichen Gefängnissen nachgeforscht und auch hier festgestellt, daß die Vorstrafen-akten verschwunden sind. Dagegen habe sich zufällig in den Akten des Paul Serger, der ebenfalls vorbe-strast ist, ein Brief des Angeklagten gefunden, den dieser aus dem Gefängnis geschrieben habe. — Angesichts dieses Beweisstücks erst gab Serger zu, wegen Diebstahls mit 1 1/2 Jahren Gefängnis vorbestraft zu sein und ließ auf die ernstlichen Ermahnungen des Vorsitzenden durch seine Verteidiger erklären, daß er ein offenes Geständnis ablegen wolle. Er erklärte darauf, daß er von zwei elegant gekleideten Männern im Café Rumpelmeier am Kurfürstendamm angesprochen worden sei, daß in der Sache Franz viel Geld zu verdienen sei, wenn es gelänge, die Akten zu beschaffen. Er habe den Justizobersekretär Härtel bei der Staatsanwaltschaft in der Rolle des Bruders einer Jungin in Sachen Franz ausgesucht und dabei erfahren, wo die Akten sind. Dies hatte er den Hintermännern mitgeteilt, die ihm am nächsten Tage im Café Tiergarten in der Turnstraße die Akten zeigten und sie ihm im Café Rumpelmeier auszubringen, wozu er Franz bestellt hatte. — Wer diese beiden Hintermänner sind, wollte der Angeklagte trotz aller gültigen Einwirkungen des Untersuchungs-Richters nicht sagen. Der Zeuge Franz befindet unter Eid, daß er nur zum Schein auf die Sache eingegangen sei. — R.-M. Müller-Stromeyer, bei dem sich die beiden unbekannteren Hintermänner seinerzeit gemeldet hatten, macht von der ihm zustehenden beruflichen Schweigepflicht nur insofern Gebrauch, daß er die Namen der beiden Täter verschweigt, im übrigen aber als Zeuge unter Eid erklärt, daß die beiden Täter weder Beamte der Staatsanwaltschaft oder des Gerichts seien, noch daß bei der Tat überhaupt ein Beamter irgendeine Rolle spielte. — Staats-anwaltschaftsrat Dr. Kumbrecht beantragte eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und drei Monaten, fünf Jahre Ehrverlust und sofortige Verhaftung, während der Verteidiger darauf hinwies, daß Serger, der sich in Not befunden habe, nur mehr der Verführte sei. Das Gericht erkannte auf ein Jahr Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust. Der Angeklagte wurde sofort wieder verhaftet.

## Der Ruf durchs Fenster.

36] Roman von Paul Frank.

Der Präsekt, der geneigt schien, die geballte Faust schwer auf den Tisch fallen zu lassen, befaß sich im letzten Augenblick und strich mit flachen Fingern unhörbar über die Schreibmappe; hierauf hob er das Sprachrohr des Haushaltetelephons ab und sagte: „Kommissär Hertler soll freundlichst sofort herüberkommen.“

Garbistander begann, unausgefordert, mit dem Zitieren des Zeitungsbereiches, der die Einnahme des Garberobiers enthielt; inzwischen hatte Kommissär Hertler das Zimmer betreten.

Der Präsekt mußte zur Ueberzeugung gelangt sein, daß die Rigaer Polizei vor einer Blamage stehe, da der Ton, den er seinem Untergebenen gegenüber anschlug, nicht gerade verbindlich genannt werden konnte. „Sie scheinen da einen fatalen Schnitzer gemacht zu haben.“ herrschte er den Kommissär an, „und leider mußten wir erst von privater Seite aufmerksam gemacht werden, daß die Personalbeschreibung des vermißten Schauspielers Reuß unrichtig und unzutreffend ist. Wir müssen doch“ — er hatte die Sache bereits vollständig durchschaut und sich zu eigen gemacht — „zumindest mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß Reuß, der kurz vor seinem Untertauchen in Kostüm und Maske gesehen wurde, auch in dieser Tracht verschwunden ist.“

Kommissär Hertler, dessen Züge zusehends zerknirschter und verzweifelter wurden, erwiderte zaghaft, daß die Annahme des Polizeipräsekten durchaus überzeugend sei; anschließend faselte er einiges von Ueberbürdung und versicherte im übrigen, daß er unverzüglich alles Nötige veranlassen wolle und in die Wege zu leiten gedenke, daß man vor allem sofort die Reporter kommen lassen müsse und ob es weiter nicht möglich wäre, jene Photographie, das betreffende Rollenbild zu beschaffen. . . ?

Eine Frage, die Garbistander verneinen mußte, da Albert Reuß in der Rolle des Werwolfs sich noch nicht hatte photographieren lassen.

Der Präsekt sah nach der Uhr und sagte dann rasch: „Sie veranlassen demnach das Nötige, Herr Kommissär,“ und zu dem jungen Schriftsteller gewendet setzte er hinzu: „Ich habe jetzt nämlich eine wichtige Vernehmung in der Affäre Dieft,

von der Sie wohl schon gehört haben werden? Es wird Sie als Schriftsteller möglicherweise interessieren, dem Verhör beizuwohnen. Es sind da manchmal psychologische Feinheiten im Spiel, wie in Romanen. . . Sie können, wenn Sie gerade Zeit haben, während des Verhörs hier bleiben. . . Es wird nicht viel länger als eine halbe Stunde dauern.“

„Ich nehme Ihr freundliches Anerbieten dankbar an, Herr Präsekt,“ erwiderte der junge Schriftsteller. „Ich kann jedoch nicht umhin, Ihnen zu versichern, daß ich einer den Fall Reuß betreffenden Vernehmung begreiflicherweise mit weit größerem Interesse beimohnen würde.“

„Das will ich Ihnen gern glauben, mein junger Freund — aber so weit sind wir leider noch nicht, da wir auch nicht das leiseste Verdachtsmoment gefunden haben. . . Rauchen Sie eine Zigarette? Jedenfalls kehren wir nach Beendigung des Verhörs gleich wieder zum Fall Reuß zurück.“ Hierauf nahm er das Sprachrohr des Haushaltetelephons zur Hand und sagte: „Der Student Dmochowski soll erscheinen.“ Der Kommissär Hertler, der bis dahin unschlüssig, eines möglichen weiteren Auftrags gewärtig, dagestanden hatte, verließ das Zimmer, da ihm seine Ueberflüssigkeit endlich klar geworden war. In der Tür wäre er beinahe mit dem mageren, blassen, jungen Menschen zusammengestoßen, dem die Baristoppeln blauschwarz um Rinn und Wangen starrten, und dem zwei Polizisten nachfolten. Dichtes, schwarzes, leicht gelocktes Haar schuf mit der krankhaften Fahlheit dieses Anblickes seltsame Kontraste. In den Augen glühte es. Der Student Dmochowski betrat das Zimmer.

14.

Garbistander war nicht in der Lage, die höfliche Aufforderung des Präsekten abzulehnen, dem Verhör des Studenten Nikolais Dmochowski beizuwohnen, trotzdem er es doch lieber getan hätte, da ihm die Einladung nichts weniger als gelegen kam, und die Summe aller dieser auf ihn einströmenden Tatsachen, deren Tempo er vor allem nicht gewachsen war, ihn verwirrte und bedrückte, da sie ihn überdies von der Angelegenheit seines Freundes Reuß, die seine eigne geworden war und ihn allein interessierte, immer weiter entfernen mußte. Nun schob sich überflüssigerweise diese ihm höchst gleichgültige Affäre dazwischen und rief eine neue Verzögerung hervor, die als im höchsten Grade unliebsam bezeichnet werden mußte.

Ihm war unbehaglich zumute, und in seinem Kopfe kreiste allerlei im wilden Wirbel, so daß er beim besten Willen nicht

fähig war, einen Gedanken richtig bis ans Ende zu verfolgen. Riga erschien ihm ein müßes, zweckloses Erlebnis, die scheinbar durch nichts aufzusehendere Apathie der Polizei, der seine Herzensangst um das Verschwinden Albert Reuß' nichts anderes war als ein papierener Akt, schlichterte den ohnehin nicht allzu Stürmischen ein und benahm ihm jedwede Aktivität.

Er sah die weinende, in ihrem Hotelzimmer ruhelos auf und nieder schreitende Frau Hedwig vor sich, deren leerer Blick stets von neuem die Zeitung durchforstete. Eine entsetzliche Leere, die ihn bedrückte und die in diesem Augenblick trasser fühlbar wurde denn irgend einmal vorher, und die Phantasie nicht mehr auszufüllen vermochte, wach um Erlebnisse, und sein verlorenes Bild tauchte ins Dunkle, in der stetigen, trügerischen Hoffnung befangen, Albert Reuß' habhaft zu werden. Er durchstöberte alle Verborgenheiten der ihm geläufigen Kriminalliteratur, besann sich etlicher Verbrechen, über die er im Verlauf der letzten Jahre in den Zeitungen gelesen, und die mit dem Schicksal vermißter Personen, wenn auch nur entfernt, im Zusammenhang standen, um endlich in einem Chaos der Ratlosigkeit zu enden, aus dem er keinen Weg des Entkommens und der Erlösung sah.

Weshalb bin ich überhaupt hergekommen? seufzte er. Welche Gründe haben mich veranlaßt, die weite Reise zu unternehmen, die bis zur Stunde völlig zwecklos gemessen ist? Im gleichen Augenblick wurde ihm die Ueberzeugung, daß er damit nichts als seine Pflicht und Schuldigkeit getan, daß er dem verlorenen Freund zu Hilfe geeilt war, dem er allerdings, wie er sich eingestehen mußte, nicht durch eigene Schuld zwar, noch nicht den geringsten Dienst erweisen konnte. Ohne irgendeinen vorgesehten Plan hatte er die Fahrt unternommen; daß ihm jedoch ein derart vollkommenes Fiasko beschieden sein würde, hatte er sich selbst nicht träumen lassen.

Ich darf keineswegs weiter untätig bleiben, dachte er. Ich darf ebenfowenig dulden, daß die Affäre minder wichtig genommen wird, als sie es verdient, ich muß mich dem Präsekten vielmehr entgegen und ihn auf die Dringlichkeit des Falles aufmerksam machen, der keine Verschleppung mehr verträgt, da sonst die Spur, die kaum gefundene, für alle Zeiten versinkt und verwischt wird.

In diesem Augenblick trat der Student Dmochowski ins Zimmer, dessen Erscheinung den Blick des jungen Schriftstellers in den Bann schlug.

(Fortsetzung folgt.)



# „Was man besitzt, muß man festhalten“.

## Auch ein Beitrag zur kommunistischen Praxis.

In der letzten Sitzung der Bezirksversammlung des Verwaltungsbezirks Friedrichshain kam es bei den Kommunisten zu einer ergötzlichen Selbstkritik. Es lag ein Antrag der KPD vor, 20 000 Mark, aus Vorkaufsmitteln zur Instandsetzung und Ausschmückung des Jugendheims in der Ebertstraße zu bewilligen, der aber gegen die Stimmen der KPD, abgelehnt wurde. Das Jugendamt ist nämlich gegen eine Miete von 1320 Mark jährlich an die KPD vermietet. Mieter ist der kommunistische Stadtrat Ostrowski. Die Aufforderung, den Mietvertrag auf das Jugendamt übergehen zu lassen und das Jugendheim als Bezirksjugendheim allen Jugendorganisationen zur Verfügung zu stellen, beantwortete der Kommunist Ostrowski mit dem schönen Wort: „Was man besitzt, das muß man festhalten.“ Die sehr lebhafteste Zustimmung der bürgerlichen Fraktion bewies dem Kommunisten Ostrowski, daß sie mit diesem neuen kommunistischen Programm durchaus einverstanden war. Aus den Verhandlungen der mit 35 Punkten bedachten Tagesordnung ist noch das Folgende bemerkenswert: Ein Dringlichkeitsantrag der KPD, den den Speiseküchen der Armerkassen sofort Kartoffeln zur Verfügung zu stellen sowie für bessere Kost in den Armenküchen zu sorgen. Die Aussprache über diesen Antrag ergab die belagerten Tatsache, daß die Armenküchen seit November keine Kartoffeln erhalten hatten und daß zur Bereitung von etwa 250 Liter Essen ungefähr 3 1/2 Pfund Fleisch zur Verfügung stehen. Einmütig angenommen wurde ferner ein Antrag der Deputation für Jugendwohlfahrt, 50 000 M. aus Vorkaufsmitteln zur Einrichtung und zum Ausbau von Räumen für die Schulspeisung zu bewilligen. Der Bezirk Friedrichshain besitzt ein Weltpanorama, das erfreulicherweise besucht und auch von den Schulen als geographisches Hilfsmittel sehr geschätzt wird. Die Versammlung beschließt, aus Vorkaufsmitteln der Bezirksversammlung 18 000 M. zum Ankauf eines zweiten Weltpanoramas zu bewilligen, da das eine bestehende den Anforderungen nicht mehr genügt. Im Bezirk Friedrichshain häufen sich die Klagen über die völlig unzulänglichen Verkehrsverhältnisse, insbesondere bildet Stralau mit einem halbtägigen Verkehr vom Alexanderplatz ein weltberühmtes Idyll. Die Verhandlungen eines Ausschusses mit dem Magistrat haben leider noch zu keinem Ergebnis geführt. Die Nichtbefähigung der von der Bezirksstadtdputation gewählten 13 Rektoren beschloß die Bezirksversammlung in einem Entschluß der KPD, der das Bezirksamt auffordert, alle Schritte zu unternehmen, um die Befähigung der gewählten Rektoren zu erreichen und für den Fall der Nichtbefähigung durch das Provinzialschulinspektorium die Rektoren wiederzuwählen. Das Bezirksamt macht Mitteilung, daß beim Ministerium Protest erhoben ist. Schließlich enthielten die bürgerlichen Bezirksverordneten ihr reaktionäres Herz. Während der Debatte über einen Antrag der KPD, die Befähigung von Lehrern der Hochschulen und ihrer Helfer aus den Schulen des Bezirks Friedrichshain endgültig durchzuführen, verläßt die bürgerliche Fraktion den Saal.

### Der Mord in der Muckstraße.

Die Schwurgerichtsverhandlung gegen die vier Angeklagten, deren Raubüberfälle der Witzhändler Ziegler zum Opfer gefallen ist, zeigte im weiteren Verlauf, daß es sich bei den Angeklagten um sehr gefährliche Verbrecher handelt. Kurisch und Ditt-Rosinsky hatten den ersten Raub schon am 6. Dezember 1910 bestohlen und die Beute in Gestalt von 75 Dollar und 2000 M. bald in Hamburg und Berlin verjubelt. Nach ihrer Rückkehr nach Berlin planten sie den Überfall auf Ziegler und gewannen für ihren Plan die beiden Mitangeklagten. In der Nacht zum 24. Dezember brachten sie ihren grausamen Plan zur Ausführung. Der alte Mann wurde im Saal überfallen, gefesselt und gewürgt. Während das Opfer regungs- und bewegungslos dalag, gingen die Angeklagten an die Durchsuchung des Kellers. Sie fanden zwei Briefkästen mit 2500 M. Inhalt, raubten dann noch verschiedene Wäsche- und Kleidungsstücke und nahmen einen Koffer mit 7 Uhren mit. Darauf verließen sie den Keller und überließen den Alten erbarmungslos seinem Schicksal. Er ist an Erschöpfung gestorben. — Nach der Tat begaben sich die Angeklagten noch einer polnischen Kneipe am Schiffsbauhof und teilten dort die Beute. Ueber die Einzelheiten bei der verbrecherischen Tat und die Täthigkeit des einzelnen bei Ausführung derselben, namentlich darüber, wer den Überfall auslöste und ihm den Anstoß in den Mund gepreßt, kam es im Termin zu Widersprüchen der Angeklagten untereinander. Der Gemüthszustand des Spruches der Geschworenen beantragte der Staatsanwalt gegen Kurisch und Karuski lebenslängliche Zuchthausstrafe, gegen Erb 10 Jahre 1 Monat Zuchthaus, gegen Karzinski 10 Jahre 5 Monate Zuchthaus. Das Gericht verurteilte Kurisch und Karuski zu je 15 Jahre, Erb 10 Jahre und Karzinski zu je 10 Jahre 1 Monat Zuchthaus und alle Angeklagten zu 10 Jahren Ehrverlust.

### Lichtreklame wieder gestattet.

Die Bundesratsverordnung vom 11. Dezember 1910 über die Erparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln wird in Kürze aufgehoben werden. Damit treten die reichsrechtlichen Bestimmungen über die Lichtreklame außer Kraft, die Zuständigkeit der Länder auf diesem Gebiete wird wiederhergestellt. Die Länder werden ihrerseits Anordnungen erlassen, um Auswüchsen der Lichtreklame oder im sonstigen Beleuchtungsweisen entgegenzutreten. Den beteiligten Kreisen wird empfohlen, aus diesem Grunde kostspielige Renaturierungen zu vermeiden, da deren Ausnutzung etwaigen späteren Verbotes der Länder zuwiderlaufen oder solche nach sich ziehen könnte.

### Einen Appell gegen die Berliner Waldschädlerei

richtet Hermann Janen, der bekannte Städtebauer, in der soeben erschienenen Nr. 26 der „Kommunalen Praxis“ an die Öffentlichkeit. „Gewissensvoller“, heißt es dort, „sind niemals wertvolle Wälder vernichtet worden, als in den letzten Monaten rund um Berlin herum. Allein im Nordwesten der Stadt wurden innerhalb kurzer Zeit über 1100 Morgen prächtigen Hochwaldes wie in grimmiger Kriegszeit dem Erdboden gleich gemacht und selbst dieser noch meterhoch aufgeschichtet in einer Ausdehnung, die den Berliner Tiergarten, die größte Erholungsfläche in der Stadt, noch übertrifft.“ Janen erwähnt den vom Preussischen Landtag bereits am 30. November vorigen Jahres dem Ausschuss für Landwirtschaft überwiesenen Gesetzentwurf, betreffend Erhaltung des Baumbelandes und Erhaltung und Schaffung von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit. Der Ausschuss bringt diesem außerordentlich wichtigen Gesetz scheinbar geringes Interesse entgegen, denn er ist wiederholt von der Tagesordnung abgesetzt worden. „Wo sind die Abgeordneten der Stadt Berlin, die auf beschleunigte Verabschiedung des Gesetzes drängen?“ fragt Janen. Janen fordert schließlich, daß „veraltete, unsoziale, dabei höchst unwirtschaftliche Bewohnungspläne z. B. durch eine Umverteilung unterzogen, dem heutigen Stande der Wissenschaft angepaßt“ und daß von berufener Seite genetische Freilandpläne aufgestellt werden.

### Es bleibt bei Kartennach.

Das Nachrichtenamt des Magistrats teilt mit: Von einer Kartennach wird die Meinung verbreitet, die sich mit dem Fortfall der an die Kartennachbesitzer gerichteten 1-M. Prämie für die A- und B-Karten infolge der Entscheidung der vom Reich bewilligten Zuschüsse bezieht und die Befürchtung ausdrückt, daß die Kartennachbesitzer sich nun weigern werden, Karten anzunehmen und nur noch die Milch zum Preis von 10 Mark zu verkaufen. Das Ernährungsamt der Stadt Berlin stellt hierzu ausdrücklich fest, daß

die Kartennachbesitzer wie bisher verpflichtet sind, die Karten zu dem vom Ernährungsamt vorgeschriebenen Preise zu beliefern. Der Kartennachpreis beträgt zur Zeit 8 M. und der Freimilchpreis 10 M. je Liter.

### Änderung der auszahlenden Unfallentschädigungen.

Unfallrenten über einen Monatsbeitrag von 50 M. und weniger werden vom 1. Juli ab in vierteljährlichen Beträgen im voraus gezahlt. Alle auszahlenden Beträge werden auf volle Mark aufgerundet. Die Rentenguttungen haben daher stets auf volle Markbeträge zu lauten. Sofern es sich um Monatsrenten von 50 M. und weniger handelt, sind die Beträge mit 3 zu vervielfältigen und erst dann auf volle Mark aufzurunden. Ueber den so errechneten Vierteljahrsbetrag ist nur eine Quittung auszustellen.

Der Lustmord in der Prenzlauer Straße ist seiner Klärung noch nicht näher gekommen. Der unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft verhaftete Kraftwagenfahrer Kost ist gestern von der Kriminalpolizei eingehend verhört worden. Er hat nachgewiesen, daß er zur Zeit des Verbrechens auf der Pöppelei in Mühlendamm gearbeitet hat, ist also nicht der Mörder. Wegen des früheren sadistischen Verbrechens an einem zehnjährigen Mädchen bleibt er in Haft. Er überfiel am 7. Februar in Abwesenheit seiner Frau das Mädchen auf dem Treppenhof in der Schweinmörder Straße, schleppte sie in seine Wohnung und häutete das gequälte Kind mit einem Gummischlauch auf. Zum Glück riß der Schlauch und so kam das Kind mit dem Leben davon.

## Post-Abonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, bitten wir unsere Post-Abonnenten, das Abonnement für den kommenden Monat bei dem zuständigen Postamt sofort zu bestellen.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

**Diebstahl von zwölf kostbaren Teppichen.** Wie erst jetzt bekannt geworden, haben Einbrecher in der Nacht vom 15. zum 16. Juni d. J. aus dem Schloß zu Charlottenburg zwölf kostbare Teppiche gestohlen. Unter den gestohlenen Teppichen befinden sich besonders große Stücke, unter anderen ein Brüsseler, 8,30 x 7,27 Meter groß, ein Tabris, 3,80 x 4,1 Meter groß, ein Delhi und drei kleinere Perserteppiche sowie sechs wertvolle Vorleger. Die Diebe sind von der Postseite aus über einen Balkon gestiegen, haben die Fenster eingedrückt und sind auf diese Weise in das Schloß eingedrungen. Eine Belohnung von 50 000 M. ist für die Ermittlung und Wiederherbeischaffung der Teppiche ausgesetzt. Nachrichten, die auf Wunsch streng vertraulich behandelt werden, nimmt Kriminalkommissar Legmeyer im Polizeipräsidium Berlin, Anruf 521 und 435, entgegen.

**Ein räuberischer Schwindler treibt seit einiger Zeit in Groß-Berlin sein Unwesen.** Ein junger Mann in fedgrauer Uniform ohne Seitengewehr, der sich für einen Fliegerunteroffizier Fißel ausgibt, sucht Tanz- und Klavierlehrer aus, meldet seinen Obersten zum Tanzunterricht und sich selbst zum Klavierunterricht an, oder führt sich unter anderen Vorspiegelungen ein und erzählt im Laufe der Unterhaltung, daß er von seinem Vater, der Gutbesitzer sei, Kartoffeln und andere Lebensmittel bekommen hätte, von denen er billig abgeben könne. Die vertrauensfertigen Leute geben ihm das Dienstmädchen oder sonst jemanden mit, um die Waren holen zu lassen. Unterwegs schwindelt er den Begleiterinnen das Kaufgeld ab oder raubt es ihnen mit Gewalt und verschwindet mit der Beute. So überfiel und beraubte er erst gestern wieder ein Dienstmädchen auf der Treppe eines Hauses, in das er es hineingedrückt hatte. Der gefährliche Gauner hat so Beträge von 1000 M. und mehr erbeutet.

**Vorsicht bei Steuerzahlungen.** Es ist vereinzelt vorgekommen, daß unbefugte Personen außerhalb der Kassenräume der Finanzkassen Zahlungen von Steuerpflichtigen in Empfang genommen haben. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß wenn Zahlungen von Steuerpflichtigen außerhalb der Kassenräume geleistet werden, die Beträge wirksam nur an Personen gezahlt werden dürfen, die sich im einzelnen Falle durch einen besonderen Auftrag des Finanzamts und durch Ausweisstarke mit Lichtbild als zum Empfang berechtigt ausweisen.

**Beratungsgesellschaft für Auswanderer.** Die Polizeidirektoren sind angewiesen worden, Inländer, die einen Paß zur Auswanderung beantragen, vor Erteilung der Paßbescheinigung zwecks Belehrung und Beratung über die Verhältnisse des Ziellandes an das Reichswanderungsamt, Luisenstr. 10a, zu verweisen. Das Reichswanderungsamt stellt ihnen eine Bescheinigung über die Beratung aus. Diese Bescheinigung ist der Paßbescheinigung beizufügen.

**Wandergewerbebescheinigung für Ausländer.** Nach einem Erlaß des preussischen Finanzministers haben sich Ausländer, die die deutschen Märkte besuchen, durch einen Wandergewerbebescheinigung oder durch die Anmeldung des stehenden Gewerbes in Deutschen Reich oder durch einen Paß des Heimatstaates auszuweisen. Beim Fehlen dieser Legitimationen werden sie nicht zum Markthandel zugelassen, und es kommt unter Umständen die Ausweisung als lästige Ausländer in Frage.

**Verlängerung der Frist für Flüchtlings-Schadenersatzansprüche.** Die „Ostland“, Zeitschrift des Deutschen Ostbundes, mitteilt, hat die Reichsregierung die am 30. d. M. zu Ende gehende Frist für Schadenersatzansprüche auf Grund des Verdrängungsschadengesetzes bis zum 31. Dezember d. J. verlängert. Die vorgeschriebenen Vordrucke sind für die ostmärkischen Flüchtlinge durch die Ortsgruppen des deutschen Ostbundes erhältlich.

**Aus dem Dampfer „Moare“** wurden bis Dienstag vormittag weitere zehn Leichen, eine weibliche und neun männliche, geborgen. Zwei davon wurden durch Taucher aus dem Schiffswrinnern gehoben, die übrigen durch offene Lutten herausgerissen und längs-seits aufgenommen. Die Toten gehören der brasilianischen Besatzung an. Heute sollen die unteren Räume des Schiffes nach Opfern durchsucht werden.

**Der Kolombus noch auf dem Trocknen.** Auch die gestrigen Versuche, den Riesen-Dampfer Kolombus mit Hilfe von Schleppern und hydraulischen Pressen freizubekommen, sind wiederum mißglückt. Wie bisher ragen nur die Schrauben des Dampfers ins Wasser, während der Dampfer selbst noch auf der Gleitbahn feststeht. Es scheint nichts anderes übrig zu bleiben, als die Schlitzen neu aufzumontieren.

**Gemäldediebstahl im Millionenwert in Frankfurt a. M.** Der Diebstahl einer großen Anzahl hervorragender Gemälde, der bei Ausbruch der Revolution im November 1818 ausgeführt wurde, wird erst jetzt durch eine Bekanntmachung des Polizeipräsidiums Frankfurt a. M. der Öffentlichkeit mitgeteilt: Am 8. und 9. November

1918 wurde aus einem Eisenbahnwagen der 2. Garbadiolion, der von Brüssel nach Deutschland gehen sollte und u. a. auch mit dem Eigentum deutscher Flüchtlinge beladen war, eine Gemäldesammlung geraubt. Diese Sammlung enthielt u. a. das Porträt eines spanischen Infanten von Velasquez, 2 Werke von Rubens, „Die Entführung der Dejanira“ und ein Porträt seiner Frau, ein Männerkopf von von Dyt, ein „Paolo Veronese“ von Adriaen Brouwer und 24 andere Gemälde alter Meister. Auf die Wiedererlangung der Gemälde, deren Gesamtwert mit mindestens 10 Millionen Mark angegeben ist, wird eine Belohnung von 1 Million Mark ausgesetzt.

**Touristenkatastrophe im Wahmangebiet.** Am letzten Sonntag herrschte im Wahmangebiet ein schwerer Schneesturm. Zwei Touristen sind tot, eine Partie von drei Bergsteigern wird vermisst. Man befürchtet, daß sie im Schneesturm umgekommen ist.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

4. Kreis, Prenzlauer Berg, Donnerstag, den 21. Juni, 7 Uhr, Versammlung der Ortskomitees in der SchulstraÙe 6. Thema: „Das soziale Problem in der Erziehung“.
5. Kreis, Kreuzberg, Donnerstag, den 21. Juni, 7 Uhr, Sitzung der Ortskommission bei Heim, Urbanstr. 23. Jede Abteilung hat mehrere Vertreter zu entsenden und das Ortsprogramm mitzubringen.
6. Kreis, Wilmersdorf, Donnerstag, den 21. Juni, 7 1/2 Uhr, Kreisabteilungsverammlung im Historiengarten, WilhelmstraÙe 114-115. Referat des Gen. Friedrich Schlegel: „Die politische Lage“. Der Vorstand ist eine halbe Stunde vorher dort.
14. Kreis, Donnerstag, den 21. Juni, in der Nordwärts-Abteilung, Redaktionsstr. 2, Sitzung der weiblichen Funktionäre. Jede Abteilung muß vertreten sein.
19. Kreis, Donnerstag, den 21. Juni, 7 1/2 Uhr, bei Meyer, Lützowstr. 14, Kreisabteilungsverammlung.

11. Kreis, Die Abteilungsleiter haben zur Kreisortsausschreibung am 21. Juni die Listen für die Ortskomitees abzugeben.

### Heute, Mittwoch, den 21. Juni:

31. Mt. Das Vergnügungslokal sowie alle Genossen, welche am Ausflug nach Buch am Sonntag, den 23. Juni, mitwirken, treffen sich 7 1/2 Uhr bei Baumann, Stolpische Str. 20.
71. Mt. Wilmersdorf, 8 Uhr bei G. Rohr, Stadtport, Kaiser-Wies 11-12, Vortrag des Genossen Winter. Thema: „Das Reichsmittengesetz“. Die Genossen der anderen Abteilungen des Kreises nebst eingeführten Gästen sind eingeladen.
62. Mt. Rosenthal, 7 1/2 Uhr bei Wolff, Kaiser-Friedrich, Ecke Rosengartenstr. Sitzung des Abteilungsverbandes und sämtlicher Funktionäre. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen Pflicht!

### Morgen, Donnerstag, den 22. Juni:

53. Mt. Charlottenburg, 7 1/2 Uhr Abteilungsverammlung im Lokal Schütz, Rosenthalstr. 1.
- Jugendpolitische Gruppe Tempelhofer-Marienborf. Täglich 7 1/2 Uhr Unterhaltungabend im Lokal Waldweg, Tempelhofer, Berder, Ecke Rungelundenstraße. Junge Parteimitglieder und Gäste sind herzlich willkommen. — Gruppe Wilm. 7 Uhr im Jugendheim, Chausseestr. 48, Lieberabend. Lieberabend mitbringen. — Gruppe Schönberg-Friedenau, 7 1/2 Uhr bei Groß, Gebauerstr. 17. Vortragabend: „Das kommunistische Manifest“. Referent: Gertrud Henfelde.

7. Mt. Der verregnete Sonntagausflug nach Rhenk findet nun am Sonntag, den 23. Juni, statt. Treffpunkt 9 1/2 Uhr Stettiner Vorortbahnhof. Abfahrt 9 30 Uhr.
17. Mt. Sämtliche Bezirksführer müssen bis zum 26. Juni bei Koffierer abgerechnet haben.

## Jugendveranstaltungen.

### Heute, Mittwoch, den 21. Juni:

**Arbeiter-Samariter-Bund.** Am Donnerstag, den 21. Juni, abends 7 Uhr, findet in Engel, Berliner Str. 84, bei Lehnhof, eine öffentliche Versammlung zwecks Gründung einer Arbeiter-Samariter-Gesellschaft statt. Referent Gen. Richter-Spanbau über Zweck und Ziele des Arbeiter-Samariter-Bundes. Nege Beteiligung aller Genossen und Interessenten dringend erwünscht.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

**Arbeiter-Samariter-Bund.** Am Donnerstag, den 21. Juni, abends 7 Uhr, findet in Engel, Berliner Str. 84, bei Lehnhof, eine öffentliche Versammlung zwecks Gründung einer Arbeiter-Samariter-Gesellschaft statt. Referent Gen. Richter-Spanbau über Zweck und Ziele des Arbeiter-Samariter-Bundes. Nege Beteiligung aller Genossen und Interessenten dringend erwünscht.

## Sport.

### Fußball Norddeutschland gegen Mitteldeutschland 3:0 (2:0).

Im Stadion fanden sich in der Vorrunde um den Fußballpokal Norddeutschland und Mitteldeutschland gegenüber. Das Spiel war in bezug auf Kombination und Technik auf Seiten der Norddeutschen vortrefflich. In seinem Zusammenstoß gegen die besten Kräfte und wurden mit einem Resultat von 3:0 (2:0) belohnt. Die Vorlagen jagten konnten selbst nicht an der guten Verteidigung der Mitteldeutschen scheitern. Ein Elfmeter wurde desgleichen von Jäger in einem hoch platzierten Schuß ins Netz gefaßt. Das dritte Tor wurde bei hartem Schuß, doch der vorzügliche Torwächter der Mitteldeutschen ließ die Hand verlegen und ausweichen mußte. So sehr auch die Mitteldeutschen veruchten zu tödnen, mußte ihr Sturm an der vollendeten Form der Norddeutschen zusammenbrechen. Das Spiel war erregender als das am Sonntag um die Meisterschaft.

**Süddeutschland gegen Südbadische 2:0.** Die Süddeutschen trafen ebenfalls auf ihren Freunden am Sonntag ab. Fairer Spiel, elegante Ballbehandlung, vorzügliches Woffspiel und große Schärfe zeichnen sie aus. Die Südbadischen waren desgleichen ständig am Ball, konnten aber das Zusammenstoß nicht und mußten deshalb viele Torversuche verfehlen. Der Südbadische Mittelstürmer Seibner im Verein mit dem rechtsaußen Altmeier zeigten den Gegnern, wie man auf sich einwirken kann, das Spiel beherrschten in die Hände. Kurz danach mußte der rechte Verteidiger der Südbadischen bei der Wehr den Ball ins eigene Tor lassen. Ein Elfmeter war den Gegnern der Südbadischen, obgleich sie es bei ihrem fleißigen Spiel verdient hätten, nicht verdonnert.

**Rugby.** Sportklub Frankfurt a. M. von 1880 gegen Sportklub Charlottenburg 11:3. Halbzeit 5:0.  
**Hockey.** Berliner Sportklub Charlottenburg gegen Sportklub Preußen, Halbtot 17:0. Halbzeit 7:0.

### Rennen zu Straßberg am Dienstag, den 20. Juni.

1. Rennen. 1. Reichsgrün (Edler), 2. Baylan II (B. Schneider), 3. Kolobow (Hn. Staudinger). Tot: 58:10, W: 30, 28:10. Ferner liefen: Flugkrist, Karusselle, Schwanenkittler.
2. Rennen. 1. Rothbar (H. Reich), 2. Vorbar (Edler), 3. Mittze (Tellen). Tot: 23:10, W: 13, 15, 16:10. Ferner liefen: Angrif, Salgir (gel.), Dominicus (ausgeb.), Gymbal, Wühlhüt.
3. Rennen. 1. Walfah (Reimhöl), 2. Corona (Heder), 3. Stimm (Stb). Tot: 27:10, 8 liefen.
4. Rennen. 1. Belle (Kardel), 2. Hobler (Dorf), 3. Werfburg (Range). Tot: 20:10, W: 13, 13, 24:10. Ferner liefen: Gudrun, Harbas (Hüft), Ladin, Döfel II.
5. Rennen. 1. Vericus (Eidemann), 2. Tivol (P. Reich) 3. Gall-poll II (Krause). Tot: 15:10, 8 liefen.
6. Rennen. 1. Valaleta (Rufinies), 2. Schudel II (Stränglein), Top Zwig (Hellen). Tot: 18:10, W: 12, 15, 16:10. Ferner liefen: Etodod, Sigurd (gel.), Presto, Gailen v'Dr (gel.), Robert (gel.), Ania, Samfels (gel.).
7. Rennen. 1. Bess (Rosina), 2. Glöckle (Volgar), 3. Roggie (Graum). Tot: 35:10, W: 13, 13, 13:10. Ferner liefen: Voglitz, Quersprung, Gaiderde, Gartenstein.

## Briefkasten der Redaktion.

**Beifolgende Zuschriften** werden nicht gestellt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz (wie man eine Aufsätze und eine Nummer der Zeitschrift) tragen in der Zeitschrift Sprechweise, Lindenstr. 2, 1. Hof part. links, vor. Schriftstube und Herrsche sind mitzubringen.

1. A. 23. Farwert Erbschaftsamt, Berlin, Postamt Str. 35. — A. 2. 23. Wiederholen Sie Ihre Anfrage unter näherer Bezeichnung des Inhalts, den es sich in Ihrem Falle handelt.

2. 14. Vorkämpfer der Rechtskommission des „Vorwärts“ ist der Genosse Bruno Heiler, Rosenthal, Kaiser-Friedrich-Str. 126.

**Wetter bis Donnerstag mittag.** Etwas wärmer, meist trocken bei mäßigen, westlichen Winden.



Die Abschlüsse der Großbanken für 1921.

Nunmehr liegen die Geschäftsabschlüsse der deutschen Großbanken für das Jahr 1921 vor. War schon das Studium und die Kritik der Bilanzbilanzen in Friedenszeiten eine sehr schwierige Sache, so ist sie unter dem Einflusse der Inflation noch mehr erschwert worden. Die Bilanzen machen mit ihren Milliardenziffern auf den ersten Blick einen sinnverwirrenden Eindruck. Was soll sich z. B. der gewöhnliche Sterbliche vorstellen, wenn er hört, daß im vergangenen Jahre die Gesamtsumme der Deutschen Bank die Grenze von 2 Billionen Papiermark weit überschritten haben? Bei der nächstgrößten Bank, der Disconto-Gesellschaft, brachte das abgelaufene Jahr einen Umsatz von nahezu 1,5 Billionen Mark gegen 840 Milliarden Mark im Vorjahre. Diese astronomischen Ziffern verlieren erheblich an volkswirtschaftlicher Bedeutung, wenn man bedenkt, daß sie zum allergrößten Teile durch die gerade im Jahre 1921 ins Ungemessene gestiegene Börsenspekulation zustande gekommen sind. Die Banken haben trotz aller Bemühungen sich in den Strudel der Spielwut, die im Jahre 1921 sehr weite Kreise des deutschen Volkes ergriffen hatte, hineinziehen lassen, sie haben dabei zwar selbst märchenhafte Gewinne erzielt, aber die enge Fühlung mit Handel und Gewerbe, sowie die Herrschaft über den Geldmarkt zu einem großen Teil verloren. Die Geister, die man rief, wird man heute nur sehr schwer wieder los. Die größte deutsche Bank zählt heute in allen ihren Filialen und Depotskonten etwa 780 000 Kunden. In einer Zeit, wo das Publikum, das einstmals den Banken große Depostibeträge zuführte, dazu übergeht, stärkste Kreditansprüche zu stellen, mag dieser riesige Kundenkreis eher als unbehaglicher Ballast empfunden werden. In der Mehrzahl der Fälle sind aus gläubigern Schuldner geworden. Die Bewegungsfreiheit der mit großem Kapitalneue arbeitenden Institute ist beträchtlich eingeengt. Das wird sich im laufenden Jahre in dem Maße immer unangenehmer bemerkbar machen, wie Handel und Gewerbe zur Bewältigung ihrer Umsätze der Unterstützung der ihnen nachfolgenden Banken mehr und mehr bedürfen.

Diese gewaltige Vergrößerung des Kundenkreises ist nicht zuletzt die Ursache einer stark anwachsenden Belastung der Banken mit Steuerumlagen und ähnlichen nicht immer erquicklichen Arbeiten. Wenn die Direktoren heute klagen, daß ihnen zu viele unproduktive Arbeiten aufgebürdet werden, so trägt daran nicht zuletzt die einseitige Bevorzugung der Effizientengeschäfte die Schuld. Aus demselben Grunde ist auch das Heer der Bankangestellten beträchtlich vergrößert worden, z. B. bei der Deutschen Bank von 17 808 auf 21 137 Personen. Hierbei hat man natürlich auf mangelhaft vorgebildete Kräfte aus allen möglichen Branchen zurückgreifen müssen. Wenn deshalb verschiedene Institute sich darüber beklagen, daß die Leistungsfähigkeit der Bankangestellten sich erheblich verringert habe, so kann sich das nur auf diese Reulinge beziehen. Die wirklich sachmännlich vorgebildeten Bankangestellten haben im vergangenen Jahr eine ganz ungeheure Arbeit bewältigt, um der ins Ungemessene gestiegenen Umsätze Herr zu werden.

In den Geschäftsberichten der Banken wird besonders nachdrücklich auf die Steigerung der Verwaltungskosten hingewiesen, diese erhöhten sich z. B. bei der Deutschen Bank von 42,5 auf 74,97 Millionen Mark, bei der Disconto-Gesellschaft von 198,5 auf 391,2 Millionen Mark, bei der Dresdner Bank von 238,4 auf 497,4 Millionen Mark, bei der Commerz- und Privatbank von 133,1 auf 319,1 Millionen Mark, bei der Darmstädter Bank von 177,4 auf 411,2 Millionen Mark und bei der Nationalbank für Deutschland von 52,2 auf 155,9 Millionen Mark. Diese Ziffern belagern auf sich nicht viel, da aus ihnen nicht zu ersehen ist, in welchem Ausmaße die Gehälter der eigentlichen Angestellten anliegen sind. Als Verwaltungskosten sind bekanntlich auch die Gehälter und häufig sogar die Gratifikationen der Direktoren und andere Ausgaben miterbachtet worden. In Zukunft wird es die Aufgabe der Angestelltenvertreter im Aufsichtsrate sein, auf eine größere Detaillierung der Bilanz in dieser Richtung zu dringen.

Ueberhaupt wäre es heute mehr denn je erforderlich, die einzelnen Bilanzposten bis in alle Einzelheiten aufzulösen. So wie die Abschlüsse jetzt veröffentlicht werden, ermöglichen sie durchaus keinen Einblick in das Geschäftsgebaren der Banken. Es seien trotzdem die auf Millionen abgerundeten Gewinnziffern der einzelnen Institute hier zusammengestellt, um dem Leser wenigstens eine oberflächliche Orientierung zu ermöglichen.

Table with 5 columns: Bank Name, 1920, 1921, 1920, 1921. Rows include Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft, Commerz- und Privatbank, Dresdner Bank, Darmstädter Bank, Nationalbank, Mitteldeutsche Kreditbank, Berliner Handelsgesellschaft.

Wie die Diplomatie der alten Schule die Kunst der Rede benutzte, um Gedanken zu verbergen, so dient dem modernen Bilanzrevisor die Ziffer dazu, die intimen Geschäftsvorgänge neugierigen Blicken zu entziehen. Man weiß z. B., daß im vergangenen Jahre der Zusammenbruch der Pfälzischen Bank, der die Folge missetzter Devisenspekulationen war, auch manchem Berliner Großbankdirektor schwere Sorgen bereitet hat und daß von erster Bankseite „eingegriffen“ werden mußte, um das Prestige der Bankwelt zu retten. Aus den jetzt vorliegenden Abschlüssen der damals so hilflos bereiten Berliner Großbank ist nichts zu entnehmen.

In den Generalversammlungen und Geschäftsbereichen wird immer wieder darauf hingewiesen, daß die Dividenden nur in Papiermark ausbezahlt werden und daß die Aktionäre deshalb heute unendlich viel schlechter gestellt seien als in der Vorkriegszeit. Wollte man die Gehälter der Bankangestellten in Goldmark umrechnen, so würde man noch zu ganz anderen Ergebnissen kommen. Den Aktionären der meisten Banken sind im vergangenen Jahre neben der Dividende noch recht wertvolle Bezugsrechte zugefallen, die man doch auch nicht übersehen darf. Außerdem hat sich der in Aktien enthaltene Substanzwert durch reichliche Doffierung der offenen und stillen Reserven und durch ganz bedeutende Abschreibungen auf Einrichtungen und Bankgebäude sowie durch besondere Rückstellungen für weitere Neubauten ganz wesentlich erhöht.

Die Besätze der Aufsichtsräte. Die Lanzen der Aufsichtsräte bei den Aktiengesellschaften sind im letzten Jahre ganz erheblich gewachsen. Dazu wird die Lanzenkette bei den meisten Gesellschaften von diesen getrogen, so daß das Einkommen der Aufsichtsräte fast konstant bleibt im Gegensatz zu Gehältern und Löhnen. Die Besätze des Aufsichtsrats für 1921 betragen zum Beispiel bei einigen Großbanken: Deutsche Bank 6 021 505 M., Commerzbank 5 552 000 M., Dresdner Bank 5 787 000 M., Disconto-Gesellschaft 5 189 189 M., Mitteldeutsche Kreditbank 932 926 M.

Mangel an Zeitungsdruckpapier? In einer Reichstagsanfrage wurde gefragt, ob die deutsche Erzeugung von Zeitungsdruckpapier im Jahre 1921 530 000 Tonnen (also 53 000 Doppelwagen je 10 000 Kilogramm), der Inlandsverbrauch 300 000 Tonnen und demgemäß der Produktionsüberschuss 230 000 Tonnen betragen habe. Im laufenden Jahre sei die Erzeugung noch gewachsen, der inländische Verbrauch infolge der Not der Presse noch gesunken, und die Ausfuhr sei zurückgegangen. Es wurde aus diesen Angaben der Schluss gezogen, daß das Zeitungsdruckpapier künstlich von der Industrie zurückgehalten werde, und die Reichsregierung wurde um Aufklärung gebeten.

Der Reichswirtschaftsminister hat die folgende Antwort erteilt:

Leipzig, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Borw.“)

Die Hauptschlacht ist geschlagen. Genosse Brey, der Hauptvorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, ging mit der Illusionspolitik Walders und der Geschäftspolitik Dismanns scharf ins Gericht. Für die Gewerkschaftspolitik sei die Frage entscheidend, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist. Diese Verhältnisse schilderte Brey mit aller Deutlichkeit.

Als Brey die Frage aufwarf, wo denn 1914 die Arbeiter waren, die heute zu uns gekommen sind, antwortete der Kongress durch spontanen stürmischen Beifall. Auch heute noch besteht die einzige geschlossene Kampfzelle erst in der dialektischen Spekulation. Als Brey zeigte, wie der allrussische Kongress die Frage des Streikrechtes abgetan habe, forderte die Linke Quellenangabe. Sie glaubte, Brey damit in Verlegenheit zu bringen, der nun mit stürmischem Gelächter die „Russische Korrespondenz“ als Quelle genau bezeichnete.

Die „Sozialdemokratischen Monatshefte“ mit ihren Ansichten über den Achtstundentag seien nicht die Bibel der Partei. Auch in der SPD könne man nicht jedem verbieten, dummes Zeug zu schreiben. Bei der heutigen Zerspaltung der Arbeiter sei kein Wunder, wenn die Reaktion ihr Haupt erhebe. Die vom Bunde vertretene Politik sei die einzig mögliche.

In der Nachmittagsführung wurde eine gute Stunde mit der Prüfung eines belanglosen Mandats vertrieben. Zur Wohnungsfrage wurde eine Resolution für Gemeinwirtschaft angenommen, die die Schaffung einer Zentralstelle für Wohnungswesen bei der Bundesleitung vorsieht. Darauf begann die weitere Diskussion, die hauptsächlich von den Kommunisten benutzt wurde und mit der der zweite Verhandlungstag endete.

Leipzig, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Brey-Hannover (Fabrikarbeiter) erkannte an, daß der Bundesauschuss nicht vollkommen ist und fragt: Was war unter den gegebenen Verhältnissen zu erreichen? Wie es ein Verbrechen ist, einen Seefahrer bei Sturm und Wetter mit falschen Karten hinauszuschicken, so ist es ein Verbrechen, wenn man mit falschen Mitteln das Proletariat in den Kampf schickt. Den verschiedenen Richtungen wird es kein Bundesvorstand rechtmachen. Zur Verwirklichung des Sozialismus ist die Erfüllung verschiedener Voraussetzungen notwendig, aber in der heutigen Wirtschaftslage ist sie nicht möglich. Für die Durchführung der zehn Punkte sind die Voraussetzungen außerordentlich ungünstig. Im ganzen Lande wurde der Bundesvorstand bekämpft, als Verräter verurteilt, weil er den Kampf für diese Punkte nicht aufnahm. Bei solch einem Kampf würde es aber unter den heutigen Kraftverhältnissen bis zum Weibhüten kommen und die Arbeiterkraft hätte dann den Kampf im Interesse des Unternehmertums geführt, das die Arbeitsbedingungen diktiert würde. Der Sozialismus ist das Ziel des Kampfes. Zur Erreichung dieses Zieles ist eine feste organisatorische und geistige Einheit notwendig. Von den 13 Millionen Gewerkschaftlern, die es in Deutschland gibt, stehen aber noch lange nicht alle im ADGB. Und von den 8 Millionen Mitgliedern der freien Gewerkschaften waren einige Millionen noch 1914 nicht auf die Beine zu bringen, wenn es gilt, einen Kampf zu führen, und wagen es nicht einmal, sich zur Organisation zu bekennen. Das Klassenkampfheer ist heute noch nicht vermehrt! (Lebhaftes Beifall.)

Die Schlichtungsordnung ist noch von keinem Gewerkschaftler befürwortet worden. Ein unbefristetes Streikrecht gibt es nicht einmal in dem kommunistischen Ideal Sowjetrußland; dort ist das Streikrecht nicht nur in den Staatsbetrieben aufgehoben, auch in den Privatbetrieben darf von ihm kein Gebrauch gemacht werden. Kein deutscher Gewerkschaftler hat je eine solche Beschränkung des Streikrechtes, die einer Aufhebung gleichkommt, gefordert. Ebensovienig teilt die Sozialdemokratie die Ansichten Realisten und

Nach den monatlichen Meldungen der Zeitungsdruckpapierindustrie sind im Jahre 1921 erzeugt worden: 34 821,5 Doppelwagen Zeitungsdruckpapier. Die Ausfuhr hat betragen 6 298,2 Doppelwagen.

Für die ersten 4 Monate 1922 ergeben sich folgende Zahlen:

Table with 5 columns: Jahr und Monat, Erzeugung, Inlandsablieferung, Auslandsablieferung, Wagen je 10 000 Kilogramm. Rows for 1922 January, February, März, April.

Der Bedarf der deutschen Tageszeitungen wird auf monatlich etwa 2 000 Wagen geschätzt.

Demnach sind von der Industrie dem Inlande erheblich größere Mengen Zeitungsdruckpapier zugeführt worden, als dem Bedarf entspricht. Wenn trotzdem am Ende des Jahres 1921 und zu Beginn des Jahres 1922 an einzelnen Stellen eine außerordentliche Knappheit an Zeitungsdruckpapier in die Erscheinung trat, so mag der Grund darin liegen, daß wegen der zu erwartenden Preissteigerungen erhebliche Vorräte angesammelt worden sind. Ähnliche Feststellungen hierüber stehen nicht zur Verfügung.

In den letzten Monaten sind Klagen von Zeitungsverlegern über unzureichende Belieferung mit Papier nicht mehr laut geworden. Die Antwort des Reichswirtschaftsministers trifft nicht den Kern der Sache. Rechtlich fehlt es im Augenblick nicht an Zeitungsdruckpapier. Wenn einzelne Zeitungsunternehmungen sich genötigt sahen, im Hinblick auf die unausgesetzten Preissteigerungen Vorräte zu schaffen, so ist daran schuld eben die Preispolitik der Produzenten. Hier hätte der Hebel einzusetzen, um die Klagen über die Versorgung mit Zeitungspapier zum Verschwinden zu bringen. Die Regierung hat sich bisher auf durchaus unzulängliche Schritte beschränkt, die auch deshalb von so geringer Wirkung waren, weil sie zu spät kamen, um die Leuerung aufzuhalten und die Not der Presse zu lindern.

Internationaler Holzarbeiterkongress.

Vom 12. bis 15. Juni fand in Wien der Kongress der Internationalen Union der Holzarbeiter statt. 43 Delegierte vertraten 28 Organisationen aus Belgien, Bulgarien, Deutschland, Dänemark, England, Holland, Italien, Norwegen, Oesterreich, Polen, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn. Von den beiden französischen Organisationen hat die nach Moskau orientierte ihre Vertretung dem Schweizer Delegierten, die andere die ihrigen den Belgiern übergeben. Als Gäste waren Vertreter von Holzarbeiterorganisationen in Rußland, Bulgarien und der Tschechoslowakei erschienen, die die Aufnahme in der Internationalen Union nachsuchen, ferner Firmen aus Internationalen Gewerkschaftsbund und der Koode vom Internationalen Arbeitsamt in Genf. Außerdem waren vertreten Oesterreichische Gewerkschaftskommission, sozialdemokratischer Parteivorstand, Klub der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und die sozialdemokratischen Gemeinderäte von Wien, Tarnow (Deutschland) und Kolmiczka (Oesterreich) leiteten die Verhandlungen. Der Punkt Mandatsprüfung und Aufnahme neuer Verbände führte zu einer großen Debatte, in der die Frage Amsterdam oder Moskau zur Entscheidung stand, über deren Resultat wir bereits einen telephonischen Bericht veröffentlicht haben.

Woudenberg, der Sekretär der Internationalen Union, leitete die Debatte ein mit einem Bericht über seine seit 1919 an-

anderer in der Frage des Achtstundentages oder des Beamtenstreikrechtes. Aber wir sagen, mit der Lebensstellung und der Pension eines Beamten ist nicht zu vereinbaren das Bestreben, die Konjunktur zur Erhöhung der Gehälter auszunutzen.

Wenn die Kommunisten in ihren fortgesetzten Hezereien die Brandfackel schwingen, so müßten die Reaktionsäre ja mit Eisenlaub und Schwertern geschmückt werden, wenn sie diese Situation nicht für ihre Zwecke ausnützen würden! (Stürmischer Beifall.) Als in den Aufständen der Kommunisten ihre Diktatur gegen die Sozialdemokratie ins Werk gesetzt wurde, hatte nur die Reaktion den Ruhm davon, und ihre heutige Frechheit ist lediglich die Folge jener Politik der Kommunisten.

In bezug auf die Arbeitsgemeinschaften

erinnert Brey Dismann an den Eisenwerkverband und seine Zuhlenhandelsstelle, wo die unabhängigen Arbeitsgemeinschaften des Metallarbeiterverbandes mit den schürmstigen Schatzmachern Hand in Hand arbeiten. Brey fragt, ob man etwa diese Sünden mit dem Mantel der Größe der Organisation verdecken wolle. Auch in der Frage des Beamtenstreikrechtes und der Technischen Nothilfe sind die Ansichten geteilt. In Sachen haben sich unabhängige Minister für die Technische Nothilfe eingesetzt und sie gegen den Streik der Beamten eingesetzt.

Zum Schluß stellt Brey fest, daß der Bundesvorstand für seine Tätigkeit nicht die Rügen verdiene, die ihm aus politischen Gründen erteilt würden. Seine Politik sei die für ihn und die Arbeiterchaft allein mögliche. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Nachmittagsführung.

Zunächst wird der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen und entgegen ihrer Beauftragung das Mandat des Verbandes der Bäcker für gültig erklärt. Anwesend sind: 600 Delegierte, die 7 574 825 Mitglieder vertreten. Sämtliche Mandate werden genehmigt.

In der fortgesetzten Debatte über den Geschäftsbericht spricht Gertrud Faber (Metallarbeiterin) über Berücksichtigung der Frauenfrage; Paepow (Bauarbeiter) begründet folgende

Entschliebung zur Wohnungsfrage.

Der erste Kongress des ADGB begrüßt und billigt es, daß der Bundesvorstand nachdrücklich Einfluß genommen hat auf die Lösung der Wohnungsfrage und auf eine gemeinschaftliche Regelung der Bauoffverteilung und Bauoffbeschaffung. Er begrüßt und billigt es fernerhin, daß einige Gewerkschaften aus eigenem Antrieb Einfluß auf eine gemeinwirtschaftliche Regelung der Produktion genommen und die Errichtung gemeinwirtschaftlicher Betriebe gefordert haben. Der erste Kongress des ADGB beauftragt den Bundesvorstand: 1. Die von ihm geleitete gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswesens und der Bauoffbeschaffung weiter zu betreiben und die Reichsregierung sowie die Parlamente der Länder und Gemeinden darauf hinzuwirken, daß die Gesellschaften diesen Kampf gegen Wohnungsnot und Wohnungswucher auf bester Grundlage aufnehmen müssen und wirklich durchgreifende Maßnahmen zur Beseitigung der ständig wachsenden Mißstände ergreifen werden. 2. Die wirtschaftliche und finanzielle Macht der organisierten Arbeiterchaft in den Dienst der Gemeinwirtschaft zu stellen und im Bundesbureau eine Zentralstelle zu schaffen, deren Aufgabe es sein soll, die Ueberführung der privatkapitalistischen Wirtschaft in die Gemeinwirtschaft planmäßig zu fördern und alle Vorkrebetungen innerhalb der gewerkschaftlichen Arbeit, die auf dieses Ziel gestellt sind, zusammenzufassen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion kamen insbesondere Vertreter der Antiparteien zur Sprache. Kohur vom Deutschen Eisenbahnerverband tritt nachdrücklich für das Koalitionsrecht der Beamten ein. Um 6 Uhr wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen und die Verhandlungen auf den 21. früh 9 Uhr vertagt.

dauernden Bemühungen, die Verbindung zwischen den Landesorganisationen herzustellen. Die Bemühungen hatten noch nicht überall Erfolg; insbesondere haben sich die Organisationen in Amerika und Australien, mit denen eine Korrespondenz wird, noch nicht angeschlossen. Sehr unerfreulich sind die organisatorischen Verhältnisse in der Tschechoslowakei und in Bulgarien, wo es mehrere rivalisierende Verbände gibt, die zum Teil nach Moskau orientiert sind. In neuerer Zeit haben diese Verbände, insbesondere aber auch der allrussische Holzarbeiterverband, ihre Aufnahme in der Internationalen Union nachgesucht. Es handelte sich offenbar um einen von Moskau organisierten Vorstoß. Man könne aber die Moskauer Zellen in der Internationalen Union nicht brauchen, deshalb dürfe erwartet werden, daß der Kongress diesen Vorstoß ablehne. Die Verhandlungen begannen am dritten Tage mit Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der beiden bulgarischen Verbände, von denen sich der eine für Moskau erklärt und damit auf seine Aufnahme in die Internationale Union verzichtet. Die Differenzen in der Tschechoslowakei, wo drei Organisationen bestehen, eine deutsche, die der Internationale angeschlossen ist, und zwei tschechische, von denen die eine mit Moskau sympathisiert, will das Exekutivkomitee in einer besonderen Besprechung mit den Vertretern dieser Organisationen zu schlichten versuchen.

Aus dem Geschäftsbericht des Sekretärs, erstattet von Woudenberg-Amsterdam, ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl der angeschlossenen Organisationen, die 1919 759 850 betrug, auf 856 163 angewachsen ist, obwohl der französische Bau- und Holzarbeiterverband, der damals 115 000 Mitglieder zählte, sein Verhältnis zur Internationalen Union der Holzarbeiter gelöst hat, um allein der Bauarbeiter-Internationale anzugehören. Die Klassenverhältnisse sind infolge der Weltwirtschaftskrisen ungünstig, sie müssen neu geregelt werden. Aus den Mitteilungen über die Lage in den einzelnen Ländern ist bemerkenswert, daß eine merkliche Annäherung des amerikanischen Verbandes festzustellen ist. Die beabsichtigte Entsendung von Vertretern zu diesem Kongress konnte allerdings nicht ausgeführt werden, aber die Amerikaner haben eine Einladung zur Entsendung von Vertretern zwecks Studiums der Verhältnisse in Europa angenommen.

Beim Punkt Statutenberatung wurden einige Änderungen des jetzt geltenden Regulators der Internationalen Union vom Exekutivkomitee vorgeschlagen und vom Kongress bestätigt.

Nach Erledigung der Statutenberatung hielt der Sekretär des ADGB, Firmen-Amsterdam ein instruktives Referat über die allgemeine Wirtschaftslage und die gewerkschaftliche Organisation. Wegen der vorgeschrittenen Zeit wurde auf eine Diskussion verzichtet.

Als Beitrag für die Internationale Union wurde bestimmt, daß grundsätzlich jede Organisation jährlich für je 1000 Mitglieder 15 Gulden holländischer Währung abzuführen hat. Für die Länder mit starker Geldentwertung soll jedoch das Exekutivkomitee eine besondere Regelung treffen. Für Deutschland und Oesterreich wurde dementsprechend der Jahresbeitrag auf 20 Wochenbeiträge pro 1000 Mitglieder bemessen.

Das bisherige Exekutivkomitee wurde wiedergewählt.

Aus der Partei.

Der Vertrauensmann. In 4. Auflage ist dieses vortreffliche Büchlein des Genossen Robert Danneberg im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI, Gumpendorferstraße 18, erschienen. Wenn es auch von österreichischen Verhältnissen ausgeht, so wird es doch auch reichsdeutschen Parteigenossen zur Ausbildung als Vertrauensmänner, Bildungsfunktionäre, Schriftführer, Gemeindevertreter und selbst als Redner der Arbeiterbewegung sehr nützlich sein können.



